

Wochensatz 65 Pf., monatlich 2.00 M. (davon 95 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im Voraus zahlbar. Postbezug 4.32 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 535. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. D. B. u. Disk.-Ges., Depostamt, Jerusalemstr. 63-66.

Sonnabend
14. November 1931

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einjährl. Kongressbeilage 80 Pf. Beilagezeitung 5.— M. „Kleine Vorwärts“ das festgedruckte Blatt 25 Pf. (jährlich zwei festgedruckte Hefen), jedes weitere Blatt 12 Pf. Kabott II. Teil. Stellungsliste des ersten Blatt 10 Pf. Jedes weitere Blatt 10 Pf. Karte über 15 Wochen zahlen für zwei Hefen. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Einblendungen wochentags täglich von 8 1/2 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Zeichnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Weltwirtschaftskonferenz?

Der Vorstand des IOB. an den amerikanischen Gewerkschaftsbund.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes schloß am Freitag seine Beratungen über die Bekämpfung der Wirtschaftskrise ab. Er sprach seine Zustimmung zu dem von Albert Thomas, dem Direktor des Internationalen Arbeitsamts ausgearbeiteten Plan für internationale öffentliche Arbeiten aus und beschloß die Einberufung von Wirtschafts- und Finanzfachverständigen zur Beratung der durch diesen Plan gestellten Aufgaben. Die Sachverständigen sollen auch zur internationalen Geld- und Kreditkrise Stellung nehmen, um Wege anzugeben, die zur Überwindung der Krise führen können.

Um in dieser für das Weltproletariat so ersten Zeit eine einheitliche Stellungnahme und ein gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften aller Länder herbeizuführen, erwog der Vorstand die Möglichkeit der Abhaltung einer

Weltkonferenz der Gewerkschaften zur Beratung der Wirtschaftskrise und ihrer Bekämpfung.

Der Vorstand beschloß, bei dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund telegraphisch anzufragen, ob er gewillt sei, an einer solchen Konferenz teilzunehmen.

In dem Telegramm teilt der Vorstand des IOB. mit, daß er die Weltwirtschaftskrise und die Mittel zu ihrer Überwindung und zur Milderung ihrer Auswirkung auf die Arbeiterklasse besprochen und die Notwendigkeit erkannt habe, internationale Maßnahmen zu ergreifen. Die unumgängliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Aktion sei die Einheit der Kräfte der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Deshalb schloß der Vorstand des IOB. vor, in der zweiten Jahreshälfte in Paris eine Weltwirtschaftskonferenz aller nationalen Gewerkschaftszentralen abzuhalten, um die Lage zu prüfen und ein gemeinsames Vorgehen zu ermöglichen. Zu dieser Konferenz lädt der IOB. be-

sonders den Amerikanischen Gewerkschaftsbund ein und fügt hinzu, daß für den Fall des Zustandekommens dieser Konferenz auch die Aussicht bestehe, daß

neben den meisten europäischen Gewerkschaftszentralen auch die von Australien, Japan, Indien, Lateinamerika und Kanada

daran teilnehmen würden. Der Vorstand des IOB. bittet schließlich um eine möglichst baldige Antwort.

Nach Entgegennahme von Berichten Jonhauz' und Schevenels über die Gewerkschaftsbewegung im nahen Osten beschloß der Vorstand, das Sekretariat zu beauftragen, weiterhin die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den in Frage kommenden Ländern zu verfolgen und alle Maßnahmen zu ergreifen, um eine größere Einheit der Gewerkschaftsbewegung im nahen Osten herbeizuführen. Weiter setzte der Vorstand die Tagungen für die nächste Ausschussung bzw. die Konferenz der internationalen Berufssekretariate fest. Sie sollen am 12. März 1932 und den folgenden Tagen in Bern abgehalten werden. Die nächste Zusammenkunft für jüngere Gewerkschaftsmitglieder wird in den Tagen vom 24. bis 30. Juli 1932 in Neole in Brüssel stattfinden.

Eine Einladung der Sozialistischen Arbeiterjugend-Internationale an das Komitee für Jugend- und Bildungsfragen des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Teilnahme am Kongress der Internationale sowie an einer internationalen Aktion zugunsten von Frieden und Abrüstung wurde in zustimmendem Sinne beantwortet. Ein Anschließliches einer Landeszentrale in Hollandisch-Indien, die 32000 Mitglieder zählt, soll im empfehlenden Sinne dem Ausschuss unterbreitet werden.

Die nächste Sitzung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes findet am 4., 5. und 6. Januar 1932 in Berlin statt.

Der lebendige Hegel.

Zum 100jährigen Todesstag des großen Philosophen

Von Adolf Grimme.

Es gibt zwei Möglichkeiten der Fortentwicklung großer geistiger Persönlichkeiten. Die eine: man beschäftigt sich mit Person und Werk literarisch, indem man sorgt, daß ihre Schriften immer wieder aufgelegt und in neuen Ausgaben gelesen werden können, indem man sie kommentiert, indem man sie interpretiert, indem man sie in den historischen Zusammenhang einordnet, indem man sich kritisch und selbstdenkerisch mit ihrem Gedankengut auseinandersetzt, indem man von Generation zu Generation neu untersucht, was das Bestreben an ihnen sei und worin ihre bleibende Bedeutung bestehe, indem man sich also ihre Allgegenwärtigkeit zum Bewußtsein bringt. Auf diese Weise bringt der schöpferische geistige Mensch der Vergangenheit auch über seinen Tod hinaus eine anregende und die Diskussion bestimmende Macht; aber diese ihre Macht beschränkt sich im wesentlichen auf den Bezirk der an ihr und ihrem Werk in besonderem Maße interessierten Gelehrten, Schriftsteller und Liebhaber der von ihr aufgezeigten geistigen Welt und geistigen Werte. Die —ianer eines großen Mannes helfen so, daß sein Andenken nicht verlorengeht.

Es gibt aber noch eine ganz andere Art der Fortwirkung eines Geistesherden. Es ist die, daß er zu einer Macht wird, die einem Zeitalter das Gepräge gibt oder die eine Gruppe von Menschen erfasst und sie formt und ihr seine Jüge in ihr geistiges Gesicht schreibt. Bei dieser Wirkung ist gar nicht einmal nötig, daß sich die Menschen dessen bewußt sind, wer eigentlich sie in ihrem Wesen geprägt hat. Und vielleicht ist das sogar der stärkste Beweis für die überragende Bedeutung eines großen Geistes, daß von ihm eine menschenbildende Macht und eine die Menschen einander verwandtmachende Kraft ausgeht, die anonym wirkt und nur dem Blick des betrachtenden Forschers die gemeinsame geistige Herkunft verrät.

Solch eine anonyme Kraft geht von Hegel noch heute, hundert Jahre nach seinem Tode, auf die breitesten Massen unseres Volkes aus, gewiß nicht unmittelbar, bestimmt aber mittelbar durch die Väter der sozialdemokratischen Bewegung: Marx, Engels und Lassalle. Dabei ist die Frage von geringem Gewicht, ob und inwieweit diese Theoretiker des Sozialismus auf des Meisters Worte ihren Schwur geleistet haben, inwieweit sie ihn übernommen, inwieweit sie ihn umgebildet, in welchen Punkten sie sich lediglich eine Anregung von ihm geholt, aber seine Gedankenmassen in eine selbstgewachsene Richtung weitergeleitet haben. Ist es nicht sogar die größte Verbeugung vor dem Genius eines Mannes, wenn man auch und gerade diese seine anonyme Erziehungskraft und Bildungsmacht mit Respekt und Ehrfurcht betont? Und ist es nicht beschämend, daß diese im eigentlichen Sinn lebendige und lebendig gebliebene Kraft des großen Mannes in vielen, in gar zu vielen Aufsätzen, Reden und Kundgebungen dieser Wochen wenn überhaupt, dann nur nebenher erwähnt wird, anstatt daß man ausgerufen hätte: Seht her, Welch ein Mensch, der noch heute nach hundert Jahren mitten unter uns als einer der wesentlichsten Erziehungsfaktoren einer ganz breiten Schicht unserer Nation lebt!

Auch wer seinen Blick nur auf die erstgenannte Art, auf die literarische Art der Weiterwirkung einer geistigen Persönlichkeit richtet, müßte gerade diese Seite seiner Wirkung auf das allerstärkste unterstreichen, es sei denn, man wolle bewußt darauf verzichten, die ganze Größe dieses Menschen, das Werk dieses Mannes, der doch einer der größten deutschen Denker überhaupt war, in seiner Ganzheit zu erfassen. Es heißt, Hegel verengen, es heißt, ihn vereinsamen, es heißt, die Geschichte vergewaltigen, wenn man von dieser seiner anonymen Wirkung nur im Vorbeigehen oder überhaupt nicht spricht. Es ist, als wenn man den Hegelschen Satz, daß das, was ist, vernünftig ist, aller Vernunft und allen Tatsachen zum Trotz dahin umkehren möchte, daß nur das sein darf und nur das gewesen sein darf, was dem Privatintellekt als Neuherung der Vernunft erscheint. Selbst angenommen, Marx und Engels und Lassalle hätten ihren Meister am Ende sogar in entscheidenden Punkten mißverstanden, Hand aufs Herz: müßte man dann ehrlicherweise nicht wenigstens auch das zugeben, daß dieser gewaltige Denker auch noch durch die Setzen seines Wertes, die mißverstanden und umgebildet worden sind, stärker gewirkt hat als die, die ihn „richtig“ zu verstehen glauben, die aber für diese Richtigkeit so oft den Kaufpreis gezahlt haben, daß von ihrem Hegel-Verständnis auch nicht

Hakenkreuzterror in Dresden.

Auswärtige SA-Kolonnen an der Arbeit.

Dresden, 13. November. (Eigenbericht.)

In Dresden haben sich in den letzten Tagen tolle Zustände entwickelt. Es häufen sich die Übergriffe der Hitler-Leute. In den Vororten liegen auswärts SA-Abteilungen. Fortgesetzt werden auf der Straße friedliche Passanten belästigt. Wiederholt wurden Sozialdemokraten und Reichsbannerleute überfallen. Flüchtende Einwohner wurden bis in die Häuser verfolgt. Am Donnerstagabend wurde ein Sozialdemokrat und Reichsbannerkamerad von einer Razzikolonne von 70 Mann, die zum Sturm 50 gehören, auf der Straße überfallen. Mit einem Schlaginstrument wurden ihm schwere Wunden am Kopf beigebracht.

Der schießende Amtsrichter.

Disziplinarverfahren mit Amtssuspension gegen Amtsgerichtsrat Sidon in Trier.

Wie die republikanische Presse berichtet hat, ist in der Nacht vom 26. zum 27. Oktober 1931 auf die Wohnung des Gewerkschaftssekretärs Jakobs ein Schuß abgefeuert worden. Der dringende Verdacht der Täterschaft richtet sich gegen den Amtsgerichtsrat Sidon, der angeblich sinnlos betrunken gewesen sein soll. Sidon war eine Zeitlang Mitglied der RSDAP.

Wie der Landgerichtspräsident Dr. Braun-Friedrich in Trier nunmehr der Republikanischen Beschwerdestelle Berlin mitteilt, ist „von dem Großen Disziplinarhof beim Oberlandesgericht in Köln das förmliche Disziplinarverfahren eröffnet und die Amtssuspension verfügt worden“.

Eine Warnung an die Hitler-Partei.

Magdeburg, 13. November. (Eigenbericht.)

Der sozialdemokratische Polizeipräsident hat an die hiesige Leitung der RSDAP. folgende schriftliche Warnung gerichtet:

„In letzter Zeit sind wiederholt im Anschluß an öffentliche Versammlungen der RSDAP. Schlägereien vorgekommen, bei denen fast durchweg SA-Angehörige beteiligt gewesen sind. Diese Fälle haben gezeigt, daß die RSDAP. ihre Anhänger nicht durchweg in der Hand hat und nicht darauf hinwirken kann, daß ein friedliches Auseinandergehen ihrer Anhänger nach Versammlungsschluß unbedingt gewährleistet ist. Sollten derartige Vorfälle sich wiederholen, so müßte ich bis auf weiteres nicht in der Lage sein, öffentliche Versammlungen der RSDAP. genehmigen

zu können. Ich glaube, daß diese Warnung genügt, um ihre Anhänger von Unbesonnenheiten und Reibereien mit politisch Andersdenkenden fernzuhalten.“

Die Angstpsychose des Nordschützen.

Bad Kreuznach, 13. November. (Eigenbericht.)

Der Pfadfinderführer Junitag wurde von dem hiesigen Schöffengericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einem Reichsbannermann einen Bauchschuß und mehrere andere Schußverletzungen beigebracht hatte, so daß dieser mehrere Monate im Krankenhaus liegen mußte. Das Gericht glaubte dem Angeklagten, daß er in „Angstpsychose“ gehandelt habe. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre Gefängnis beantragt.

Parteitag in Oesterreich.

In der Hauptstadt des Putschlandes Steiermarks.

Graz, 13. November. (Eigenbericht.)

Am Freitag wurde hier der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie eröffnet. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist durch Friedrich Stampfer vertreten.

Den Bericht der Parteivertretung und der Parlamentsfraktion erstattete Abg. Dr. Deutsch. Die Organisation hat sich trotz der schweren Krise gut behauptet. Vergebens sind Hakenkreuzler und Kommunisten gegen die Partei angerannt. Bismarck ist die österreichische Sozialdemokratie im letzten Jahre zu einer Massenorganisation geworden.

In der Sitzung am Sonnabendvormittag wird Otto Bauer das Referat über die wirtschaftliche und politische Lage erstatten.

Alfons verurteilt.

Aberkennung aller Rechte durch Nationalversammlung.

Madrid, 13. November. (Eigenbericht.)

Erlänig Alfons ist von dem Staatsgerichtshof der Majestätsbeleidigung gegen das souveräne Volk und der militärischen Rebellion für schuldig befunden worden. Das Urteil lautet auf Aberkennung aller Rechte, Würden und Titel. Falls der Exkönig nationales Gebiet betreten sollte, wird er auf Lebenslänglich in Haft genommen werden. Sollte sein Erscheinen den Bestand der Republik gefährden, so soll er hingerichtet werden.

Die Nationalversammlung tritt in der nächsten Woche zu einer Geheimberatung über die Anlagenschrift und das Urteil zusammen. Sobald die Nationalversammlung dem Urteil zugestimmt hat, ist es rechtskräftig.

die leiseste Wirkung auf Leben und Charakter der Nation ausgegangen ist.

Wo war denn Hegel lebendig in der metaphysikfeindlichen Zeit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wenn nicht in der Wissenschaft der Arbeiterklasse! Es ist nichts als eine schlichte historische Wahrheit, wenn man ausspricht, daß die meisten geistigen Führer des deutschen Bürgertums jener Jahrzehnte mit einem hochmütigen und abshängigen Lächeln an der Leistung dieses großen deutschen Denkers vorübergegangen sind. Es ist nichts als die schlichte historische Wahrheit, daß der große Trupp derer, die auf ihre wissenschaftliche Reputierlichkeit Wert legten, es einfach nicht wahrhaben mochte, daß Hegel auch noch eine Gegenwartsbedeutung haben könne. Man gab ihm seinen Platz in der Geschichte der Philosophie. Gewiß. Und man setzte ihn auf die Bank der Prominenten. Aber eben doch der Prominenten, die man nur noch rein historisch nahm. Im allgemeinen fürchtete man, sich selber lächerlich zu machen, wenn man sich hätte zu seinem Gedankengut bekennen und eingestehen wollen, daß es über Jahrzehnte hinaus, die seit seinem Tod verstrichen waren, möglich gewesen wäre, die nicht auszuschöpfenden und starken Denkpulse zu nutzen, die in seinem Werke schlummerten. Er war dem Wissenschaftler — einige wenige ausgenommen — der schwarze Mann der Wissenschaft und geradezu ein Philosophenschreck. Und wieder ist es nichts als eine schlichte historische Wahrheit, daß im Gegensatz dazu im Denken der Arbeiterklasse die Verbindungsfäden zum Hegelschen Gedankensystem nie zerschnitten waren. Oder muß man erst daran erinnern, daß gerade Marx in seiner Vorrede zur 2. Auflage des „Kapitals“ sich „offen als Schüler jenes großen Denkers“ bekannt hat, und daß er die Notwendigkeit, sich ein Bekenntnis abzulegen, damit begründet hat, daß „sich das verdriehliche, anmaßliche und mittelmäßige Epigonentum, welches jetzt im gebildeten Deutschland das große Wort führt“, darin gefalle, „Hegel zu behandeln, wie der brave Moses Mendelssohn zu Lessings Zeiten Spinoza behandelt hat, nämlich als „toten Hund“. Heute feiert man in Spezialistentreisen und in einem Teil der Presse als eine große Entdeckung, daß das Geistesleben der Gegenwart ohne Hegel geschichtlich nicht zu erklären sei, und daß auch sonst der alte Meister noch einiges für unsere Zeit Bedeutsame ergründet habe. Wir wollen uns freuen, daß auch da einmal wieder die verlorenen Söhne heimfinden zu ihrem Vater; aber wir wollen auch nicht unterlassen, eindeutig herauszusagen, daß es vom Standpunkt der Arbeiterbewegung aus gesehen einer Hegel-Renaissance nicht erst bedurft hätte. In ihr war Hegel niemals tot.

Er war in ihr so wenig jemals tot, daß es schon einigermaßen seltsam anmutet, wenn man mit dieser Wiederentdeckung Hegels den Versuch verbindet, mit eben diesem Hegel dem Teufel Marxismus zu Leibe zu gehen. Und es kann nur nützlich sein, in den Wein der Hegel-Zentenerbegeisterung wenigstens an dieser Stelle ein paar Tropfen „bitterer“ Hegelscher Wahrheiten zu träufeln. Wenn man zu lesen bekommt, daß Hegel den bösen Sozialismus verdammt haben würde, weil dessen letzter Kern wirtschaftliche, also materielle Kräfte seien, dann müßte es zur Abwehr dieser Auffassung eigentlich genügen, auf das glänzende und klare Hegel-Wort hinzuweisen, auf seine „Grundlinien der Philosophie des Rechts“. In Wirklichkeit war gerade Hegel mit der Tatsache der engen Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft und geistiger Entwicklung vertraut und hat er in seinem „System der Bedürfnisse“ — es ist wohl kaum übertrieben, wenn man sagt: fast alle Ansatzpunkte modernen sozialistischen Denkens bereits gegeben.

Damit diese Behauptung nicht in der Luft hängt, mag wenigstens auf eins hingewiesen sein. 1896 ist in der „Neuen Zeit“ eine fragmentarische Schrift von Friedrich Engels erschienen, die sich mit dem Anteil der Arbeit an der Menschwerdung und mit der Herausbildung und Entwicklung menschlicher Gesellschaften befaßt. Dabei kommt Engels zu dem Ergebnis, daß das, was man als die Enttierung des Menschen bezeichnen kann, auf die Arbeit zurückzuführen sei und daß überhaupt erst die Arbeit die menschliche Gesellschaft herausbildet. Es ist reizvoll und lohnend, mit diesen Ausführungen zu vergleichen, was Hegel selbst über die Bedingungen der geistigen Entwicklung des Menschen sagt. Für ihn ist es keine Frage, daß es die materiellen, die wirtschaftlichen Bedürfnisse sind und die daraus entspringende Arbeit, welche die geistige Entwicklung des Menschen und die kulturelle der Gesellschaft in ganz besonderem Maße vorantreibt. Zu je differenzierterer Mannigfaltigkeit sich die Bedürfnisse und damit die Arbeitsweisen vervielfältigen, zu um so höherer Geistigkeit entwickelt sich nach ihm der Typ des gesellschaftlichen Menschen.

Und wenn Marx im „Kapital“ immer wieder hervorhebt, daß der Gebrauch und die Schöpfung von Arbeitsmitteln dem spezifisch menschlichen Arbeitsprozeß entspricht, daß die Reliquien von Arbeitsmitteln für die Beurteilung vergangener Gesellschaftsformationen von entscheidender Wichtigkeit seien, wenn er betont, nicht das unterscheidet die geschichtlichen Epochen, was gemacht werde, sondern wie, mit welchen Arbeitsmitteln gemacht werde, und wenn er schließlich in den Arbeitsmitteln nicht nur Gradmesser der Entwicklung der menschlichen Arbeitskraft sieht, sondern auch Anzeiger der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen gearbeitet wird, so bringt es keine Interpretierungskunst der Welt zustande, zu sagen, daß das alles mit Hegels Erkenntnissen zusammenhängt. Denn schon dieser hatte in der Teilung, Vervielfältigung, Verfeinerung der Arbeitsmittel bis zur Maschine hin Grundvoraussetzung des gesellschaftlichen Fortschreitens erkannt. So erweist sich der bittere „materialistische“ Kern des Marxismus paradoxerweise als die Ruß in der Schale der „idealistischen“ Soziologie Hegels, die in der Entwicklung der materiellen Produktion, letztlich in der Entwicklung der technischen Produktivkräfte, die doch wahrhaftig nichts Ungeistiges, rein Dingliches sind, eine wesentlich bestimmende Bedingung für die Entfaltung des gesellschaftlichen Lebens stellt. Schließlich erleben wir heute tagtäglich die Richtigkeit dieser Erkenntnis, wenn wir schauernd beobachten müssen,

Die Pariser Wirtschaftsberatungen.

Begrüßungsrede durch Laval.

Paris, 13. November. (Eigenbericht.)

Die deutsch-französische Wirtschaftskommission trat am Freitagvormittag zum erstenmal im Festsaal des Innenministeriums unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Signaux zusammen.

Ministerpräsident Laval, der, ebenso wie Botschafter von Hoersch, dem Beginn der Sitzung beiwohnte, hieß die deutsche Delegation in einer kurzen Rede willkommen und sprach den Wunsch aus, daß die Arbeiten der Kommission schnell zu konkreten Ergebnissen führen mögen. Staatssekretär Trendelenburg dankte dem Ministerpräsidenten für seine Worte und gab im Namen der deutschen Regierung den gleichen Wünschen wie Laval Ausdruck. Anschließend begann ein allgemeiner Meinungsaustausch über das Arbeitsprogramm der Kommission.

Nachmittags traten die deutschen und französischen Vorstehenden der verschiedenen Unterausschüsse getrennt im Innen-

ministerium bzw. im Handelsministerium zusammen, um mit der Aufstellung des Programms jedes Ausschusses zu beginnen.

Stellung in den Reparations-Vorverhandlungen.

Paris, 13. November. (Eigenbericht.)

Der deutsche Botschafter von Hoersch hatte am Freitagvormittag wieder eine Unterredung mit Ministerpräsident Laval, die sich auf die Reparationsverhandlungen bezog. Ein Fortschritt ist bisher nicht zu verzeichnen, da die französische Regierung weiter an ihrer Forderung betreffend Beschränkung der Vollmachten des Sachverständigen-Ausschusses auf die im Young-Plan vorgesehenen Revisionsmöglichkeiten festhält, während die Reichsregierung fordert, daß die Sachverständigen auch die Zahlungsfähigkeit Deutschlands von neuem prüfen, damit ihre Feststellungen eventuell als Grundlage für die Ausarbeitung eines anderen Zahlungsplans dienen können.

Die Trauerfeier für Friedrich Bartels.

Uebertagung durch Rundfunk.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags tritt am Montag zu einer Trauerfeier für Friedrich Bartels zusammen.

Die Trauerfeier im Landtag am Montagvormittag wird durch Rundfunk übertragen werden. Die nächste Plenarsitzung des Landtags, am 24. November, wird durch einen der Vizepräsidenten mit einem Nachruf für den verstorbenen Präsidenten eröffnet werden. Hierauf wird man zum Zeichen der Trauer die Sitzung um eine Stunde vertagen.

Zum Tode des Landtagspräsidenten Genossen Bartels hat Reichspräsident von Hindenburg dem Vizepräsidenten des Landtages sein herzlichste Beileid ausgesprochen.

Ferner haben Beileidstelegramme gesandt: Reichskanzler Dr. Brüning, Reichswehrminister Groener, Reichsminister Schlange-Schöningen, Reichstagspräsident Lohse, Staatssekretär Dr. Abegg, Ministerpräsident Dr. Braun, Staatssekretär Dr. Weismann, Polizeipräsident Grzeinski, Bayerischer Landtagspräsident Stang, der Landesrat des Saargebietes, der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die Fraktionen der Staatspartei und des Zentrums, das Kartell der Republikanischen Verbände, Oberbürgermeister Dr. Sahm, Kultusminister Grimme und Handelsminister Dr. Schreiber.

Außerdem liegen Trauerkundgebungen fast aller Parteien vor.

Rosenberg und die Seinen.

Aber der „Vorwärts“ wird verurteilt.

München, 13. November. (Eigenbericht.)

Das Münchener Amtsgericht verurteilte am Freitag die verantwortlichen Redakteure des „Vorwärts“, des „A-Byr-Abendblattes“, Berlin, und des „Münchener Post“ wegen verleumdender Beleidigungen des Nazi-Chefredakteurs Alfred Rosenberg zu je 500 Mark Geldstrafe.

Alle drei Zeitungen hatten im Oktober vorigen Jahres aus dem „Nationalsozialist“ Otto Strahers die Behauptung übernommen, Rosenberg sei früher russischer Staatsangehöriger und während des Krieges in Paris im Sinne der Entente tätig ge-

wesen. In der Verhandlung erklärte der Vertreter des Klägers, Rosenberg sei nur einmal in Paris gewesen und zwar im Frühjahr 1914 zum Besuch seiner damaligen Braut. Die Verteidiger entgegneten, daß in der Behauptung überhaupt keine Beleidigung zu erblicken sei, denn als russischer Staatsangehöriger wäre in einer Beteiligung für die Entente nichts Ehrenrühriges zu erblicken. Auf die Frage, warum Rosenberg im übrigen nicht den „Nationalsozialist“ als den Urheber der Behauptung verklagt habe, wurde keine Antwort gegeben. Aus einer gemeinsamen Erklärung der Beklagten ging hervor, daß selbst in der Hitler-Partei lange Zeit Gerüchte über die dunkle Vergangenheit Rosenbergs umgegangen sind. Auch der Reichstagsabgeordnete Göring hat einmal im Restaurant des Reichstages im Gespräch mit Freunden erklärt: „Der Kerl soll endlich einmal sagen, wo er sich während des Krieges aufgehalten hat.“ Göring machte diese Äußerung auf Grund einer Unterhaltung mit dem Münchener Privatgelehrten Dr. Hansstängel, der als Zeuge in der Verhandlung folgendes aussagte: Vor etwa 9 Jahren habe er selbst eine Unterhaltung mit Rosenberg gehabt und aus dieser den Eindruck gewonnen, daß Rosenberg nach der Revolution in Paris gewesen sei. Ob es sich um die russische oder um die deutsche Revolution gehandelt habe, könne er heute nicht mehr sagen. Er erinnere sich auch nicht mehr an die Äußerung Rosenbergs, daß er während des Krieges in Paris war.

Aus dem Wirtschaftsbeirat.

Es werden Leitsätze formuliert.

Die aus den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung gebildeten Ausschüsse für Fragen der Produktionskosten und Preise und Fragen des Zinses und Kredits haben ihre Generalausprache in einer Vormittags- und einer Nachmittagsitzung in der Reichstanzlei unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning zu Ende geführt.

Die Reichsregierung wird nunmehr während der nächsten Tage unter Leitung der nächstbeteiligten Reichsminister in Einzelbesprechungen mit den Ausschussmitgliedern die Formulierung von Leitätzen über die Gestaltung des Wirtschaftsprogramms vorbereiten. Diese Leitätze sollen den beiden Ausschüssen, die nach dem Bußtag in der zweiten Hälfte der nächsten Woche wieder tagen, zur endgültigen Begutachtung vorgelegt werden.

wie das Verfallen der Wirtschaft und die Desorganisation der Produktionskräfte rückwärts auf die Höhenlage der Kultur.

Mit alledem soll nicht gesagt sein, daß nun zwischen Hegel und Marx keinerlei Unterschied zu finden sei. Es besteht ein wesentlicher Unterscheidendes zwischen beiden. Aber zu finden ist es an einem ganz andern Punkte. Es liegt weder darin, daß Hegels Dialektik von Marx fälschlicherweise auf die Wirklichkeit angewendet wäre; denn auch schon Hegel sah die Dialektik als das Gesetz des realen Geschehens. Das Unterscheidende liegt auch nicht darin, daß Hegel die geschichtliche Entwicklung im „absoluten Geist“ gipfeln läßt, denn Marx' und Engels Wort vom Sprung aus der Notwendigkeit in die Freiheit erweist sich bei näherem Zusehen als sinnverwandt, wenn nicht sogar sinngleich. Und auch nicht darin liegt das Unterscheidende, daß Hegel etwa den Widerspruch der bürgerlichen und proletarischen Klasse noch nicht erkannt hätte. Hegel hat ihn mit aller Deutlichkeit gesehen; aber er wähnt, die Möglichkeit sei gegeben, diesen für die moderne Gesellschaft grundlegenden Gegensatz zwischen der Thesıs Bourgeoisie und der Antithesıs Proletariat innerhalb dieser bestimmten Gesellschaft selbst aufzuheben. Hegel erkennt dabei, daß die Entwicklung der Bedürfnisse und der Arbeit, daß die wachsende Arbeitsleistung und Spezialisierung auf der einen Seite zur Folge haben eine vermehrte Anhäufung von Reichtümern in den Händen einzelner, auf der anderen die wachsende Not und Abhängigkeit der arbeitenden Klasse, die „unter daß Maß einer gewissen Subsistenzweise, die sich von selbst als die für ein Mitglied der Gesellschaft notwendige reguliert“, herabsinkt. Einem Uebermah der Armut zu steuern sei die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug. Auch Hegel sieht in diesen Erscheinungen die Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft, und er meint, daß diese dadurch über sich hinausgetrieben werde.

In diesem Punkte nun beginnt die Trennung in der Beurteilung der Verhältnisse zwischen Hegel und Marx, denn das, worin Hegel das hinausgetriebenwerden, die Aufhebung der Widersprüche sieht, bedeutet keine Lösung der sozialen Frage. Außenhandel und Kolonisation, Beschaffung neuer Märkte, Auswanderung der überflüssigen Bevölkerung und Verwandlung dieser „Reservearmee“ in bäuerliche Kolonisten und Siedler auf neuem Kulturboden, das alles mögen Vorteile gewesen sein und bis zu einem bestimmten Grade noch heute sein für die dialektische Spannung in der

Gesellschaft; im Grunde aber lassen diese Auswege das Problem ungelöst, weil ja der Prozeß der Entwicklung auf neuem Boden in derselben Weise wie früher wieder zur Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und damit zu derselben sozialen Dialektik führen muß, die Hegel aufheben will. Für Marx und Engels dagegen ist die Überwindung des Widerspruchs erst dann vollzogen, wenn sich die arbeitende Klasse die allein der Vergesellschaftung der Arbeit entsprechende planmäßige Bedarfswirtschaft als Grundlage einer neuen Gesellschaft erkämpft hat.

Es wäre töricht und unhistorisch gedacht, wollte man Hegel zum Vorwurf machen, daß er diese Lösung nicht gesehen habe. Obwohl sein Denken von der Idee des Absoluten her bestimmt ist, hat er für sich niemals in Anspruch genommen, daß nun gerade seine Perspektiven für alle Zukunft Gültigkeit haben. Schreibt er doch in bescheidener Selbstbeschränkung: „Was das Individuum betrifft, so ist ohnehin jedes ein Sohn seiner Zeit; so ist auch die Philosophie ihre Zeit in Gedanken erfasst. Es ist ebenso töricht, zu wähen, irgendeine Philosophie gehe über die gegenwärtige Welt hinaus, als ein Individuum überpringe seine Zeit.“ Der Sozialist ist der Ueberzeugung, daß Marx und Engels für ihre und unsere Zeit, die hochkapitalistische Ära, den notwendigen Schritt über Hegel hinaus zu beginnenden Tat gegangen sind. Ganz im Sinne ihres Meisters war ihnen die Bernunft die unendliche Macht, die nicht so ohnmächtig ist, daß sie es nur bis zum Ideal, nur bis zum Sollen bringen könnte. Ihnen war der Geist nie nur Quell der Theorie. Geist war ihnen im letzten nur das, „was er tut“, und das Denken hatte für sie nur Sinn, wenn es Wissen und Wollen zugleich ist. Und sie sind selbst nicht im Denken stecken geblieben. In ihrer Praxis haben sie den tiefsten Sinn der Hegelschen Dialektik erfasst, der Dialektik, die nicht nur eine Denkmethode, sondern die das Hinausgehen des Denkens über sich selbst zu bewußten Veränderungen der Welt ist. Und so können auch wir die Erinnerung an den großen deutschen Philosophen Georg Friedrich Wilhelm Hegel gar nicht besser bekräftigen, als wenn wir in unserem eigenen Verhalten und Tun die Wahrheit eine lebendige Macht sein und immer mehr werden lassen, die in Marx' Satz beschlossen liegt: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“

Sklareks Decknamen-Buchungen

Haben sie ihre Freunde geschmiert oder hineingelegt?

Man kommt im Sklarek-Prozess aus dem Staunen eigentlich nicht heraus; und man weiß nicht mehr, was Dichtung und was Wahrheit ist. Je weiter, desto klarer wird aber das eine: die Gebrüder Sklarek wollen mit der Wahrheit nicht heraushalten, und die Dichtung in ihren Aussagen wird von Tag zu Tag offenkundiger.

Seit Tagen befohl sich das Gericht mit den Zuwendungen an Goebel, Kohl und Degner. Laut Büchern entfallen auf Goebel 27 700 Mark, auf Kohl 23 850 Mark, auf Degner 76 583,50 Mark Zuwendungen in drei Jahren. Die Buchungen sind unter Decknamen erfolgt. Goebel heißt darin „Gabriel“, Kohl — „Läufer“, „Haase“ „Köper“, Degner — „Dolch“. Es sind immer runde Summen, in regelmäßigen Abständen als gezahlt eingetragen. Alle drei bestreiten aber, die Beträge je erhalten zu haben. Sie hatten auch von ihrem Decknamen keine Ahnung. Sie begreifen nicht, was es mit diesen Buchungen auf sich haben könne, und sie führen in einzelnen Fällen mit Erfolg den Nachweis, daß sie die Summen gar nicht bekommen haben konnten. Entweder hatten sie unmöglich mit dem Zweck der Zahlung etwas zu tun oder es müßten die Brüder Sklarek selbst gewesen sein, die das Geld für sich genommen haben. Der angeklagte Buchhalter Lehmann, der auf Anordnung der Brüder Sklarek regelmäßig die runden Summen bereitzustellen und hinauszuschicken hatte, kann nicht sagen, ob die Angeklagten das Geld tatsächlich erhalten haben. Er muß zugeben,

daß alles mögliche in den Büchern eingetragen wurde, und daß es nicht ausgeschlossen erscheine, daß die Decknamengebilde in Wirklichkeit nur die Ausgaben der Brüder selbst zu eigenen Zwecken verdecken sollten.

Leo und Willi Sklarek mußten ja auch mehr als einmal bereits eingestehen, daß sie und auch Mag auf den Decknamen „Dolch“ oder „Gabriel“ zum Beispiel Fachekosten buchen ließen, bloß weil der eine oder der andere bei der Zechen von mehreren Dutzend Personen dabeigewesen war. Sie können natürlich nicht zugeben, daß sie wie auch ihr Bruder Mag diese fiktiven Buchungen als Geschäftskosten oder Spesen vorgenommen haben, um ihre Privatentnahmen nicht allzu hoch erscheinen zu lassen — aus Steuergründen. So sind sie außerstande, ihre Freunde zu entlasten und müssen ihnen überlassen, sich zu verteidigen, so gut sie es können.

Da ist zum Beispiel der Angeklagte Kohl. Als ihm vorgehalten wird, daß er meist runde Beträge von 100 bis 1000 Mark erhalten habe, rüft er in großer Erregung: Das ist ja Blödsinn, das ist eine Verleumdung, das es so verdacht ist. Ich habe diese Beträge nie bekommen, die Weltgewinne, die ich ausgezahlt erhalten habe, waren viel niedriger. Und er weist nach, daß z. B. für das Jahr 1923 ein Betrag verbucht ist als „Reisepesen Läufer“ für München, obgleich er in diesem Jahre gar nicht in München gewesen ist.

Das gleiche ist bei Degner (Dolch) der Fall. Lehmann mußte für ihn am 1. jedes Monats 200 bis 250 Mark bereit halten. Er ist über die Behauptung der Anklageschrift, er habe das Geld erhalten, nicht minder empört als Kohl. Und auch er kann nachweisen, daß zum Beispiel eine auf Dolch eingetragene Buchung in Höhe von 9000 Mark gerade zusammenfällt mit einer Zahlung des Mag Sklarek für das Auto seiner Tochter. Degner bestreitet auch, als Sicherheit für ein Darlehen Akzepten in Höhe von 3000 R. ausgestellt zu haben. Nur zwei Bechiel habe er zur Begleichung einer Kleiderrechnung in Zahlung gegeben; mit den übrigen fünf habe er nichts zu tun. Er bestreitet auch, gewünscht zu haben, daß die Anzüge, die er zum Preise von 200 bis 250 Mark bei Sklarek bestellt hat, bei der Kleiderfirma Keller und Furch hergestellt wurden und 300 bis 400 Mark pro Stück gekostet haben. In zweihundrei-

viertel Jahren hat Degners Schneiderrechnung 4000 Mark ausgemacht. Diese Beträge sind zu hoch berechnet worden, behauptet Degner. Der gleichen Ansicht sind auch Hoffmann und Schneider — auf Grund eines Gutachtens des gerichtlichen Sachverständigen der Handelskammer. Das ist Theater, erklärt Sklarek, Hoffmann hat einen so wundervollen Grad bekommen, daß er darin wie ein junger Mann ausah.

Am Montag werden die Zuwendungen an Schneider erörtert werden. Am Donnerstag soll die Beweisaufnahme zu den bis jetzt erörterten Kapiteln der Anklageschrift beginnen.

Hakenkreuz am Armenhaus.

In einem pommerischen Dorf steht ein kümmerliches zerfallenes Haus, — wenn man überhaupt diese Kate, die aus Fachwerk dürftig errichtet ist und deren Behmände im Abbröckeln sind, ein Haus nennen darf. Das Dach weist Löcher, die der Regen des Sommers und der Schnee des Winters von Monat zu Monat vergrößern. Ein einziges Fenster, eine niedrige Tür sind zu sehen. Aber kein Gärtnchen macht dieses Jammerloch der Armut auch nur ein klein



wenig freundlicher. Dort wohnt ein Dorfarrer. Der Krieg hat ihm die Glieder zerrissen, doch nicht nur er allein haust hier, auch seine Familie ist im Heim des Glends untergebracht. Ein seltsamer Anblick: Die Außenwand der Kate ist von oben bis unten mit Hakenkreuzen geschmückt. Wie können ja die Sitten der Anhänger Hitlers, ihr Parteiabzeichen in Bedürfnisanstalten anzumalen und es auf die Bürgersteige, an die Hausmauern und an die Bretterzäune zu schmieren. Willleicht haben sie sich bei Nacht und Nebel auch an dieses jämmerliche Armenhaus herangemacht, um es mit dem Zeichen von Rohheit und Dummheit zu verzieren. Freilich könnte ihre Schmutzfingerlei auch ein Symbol dafür sein, daß die Herrlichkeiten des Dritten Reiches aussehen werden wie diese erbärmliche Kate eines Dorfarrers!

Oder sollte aus der Berrantbeit und Verkehtheit gewisser Kreise der pommerischen Landbevölkerung heraus der Bewohner selber sein dürftiges Heim verunstaltet haben. Dann weiß er nicht, daß die Nationalisten es waren, die vor 1914 zum Kriege hetzten. Hakenkreuze an der pommerischen Armentate — ein bezeichnendes Bild!

Hegel und die Sozialdemokratie

Die bereits angekündigte Ausstellung: „Hegel und die Sozialdemokratie“ wird am heutigen 14. November, dem Todestage des Philosophen Hegel, im sozialdemokratischen Parteiarchip, Lindenstr. 3, Hof 2, 4 Treppen, eröffnet. Die Ausstellung führt ihren Besuchern den Zusammenhang der sozialdemokratischen Literatur mit den Ideen dieses Philosophen bildkräftig vor Augen. Die Literatur des deutschen Sozialismus über Hegel beginnt mit den Schriften der Junghegelianer (Feuerbach, der Gebrüder Bauer, Arnold Ruge) und den Zeitschriften der „wahren Sozialisten“ (Der Gesellschaftsspiegel, die Rheinischen Jahrbücher, das Westfälische Dampfboot usw.). Der Geist des Junghegelianismus herrscht in der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Die Reaktionsperiode 1849—1861 bricht brutal die erste Blüte des Sozialismus. Mit Lassalle strömt dann der Geist Hegels wieder in die sozialdemokratische Literatur. Die unter Hegels Einfluß stehenden Flugschriften von Lassalle und über Lassalle sind in der Ausstellung in reicher Fülle vertreten. Eine förmliche neue Wiedererweckung Hegels bringt dann die Streitschrift Engels' gegen Eugen Dühring. Stärkste Anregungen durch Hegel erhält Joseph Dietzgen.

Mit dem Bernsteinischen Buch: „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ legt eine fruchtbare Diskussion über Hegel, über seine Geschichtsauffassung und seine Dialektik ein. Diese Diskussion fördert eine reiche Literatur über die materialistische Geschichtsauffassung zutage (Kautsky, Clara Zetkin, Plechanow, Gorter). Zugleich bemächtigen sich Soziologen und Historiker der Forderung über die Beziehungen des Hegelianismus zum Marxismus. Wir nennen hier nur: Labriola, Belfort-Bay, Tönnies, Borländer, Max Adler, Plehge, Koigen, Sombart usw. usw.

Die Ausstellung ist vom 14. bis 22. November (inklusive) geöffnet, und zwar an den Werktagen von 9 Uhr ab. Führungen finden an diesen Tagen um 17 und 19 Uhr statt. An beiden Novembersonntagen ist die Ausstellung von 10 bis 13 Uhr geöffnet. Fahrstuhlbenutzung ist ermöglicht.

Kein Spendensystem mehr bei der Stadt.

Eine amtliche Erklärung zum Sklarek-Prozess.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: „Zu den Ausführungen des Verteidigers Dr. Kurzig im Sklarek-Prozess wird amtlich mitgeteilt, daß ein Spendensystem in der Stadt Berlin nicht mehr besteht. Oberbürgermeister Dr. Sahn hat von keiner Dienststelle irgendeine Spende jemals gefordert oder erhalten. Wenn in einem Werk, das mit Unterstützung amtlicher Stellen herausgegeben werden soll, Anzeigen enthalten sind, so ist die Genehmigung zur Mitarbeit städtischer Dienststellen oder Beamten abhängig von einem Gutachten des Reichswirtschaftsministeriums, das als Zentralstelle für derartige Angebote für Reich, Länder und Städte bestimmt ist und dem die Angebote nach einer Dienstblattverfügung der Stadt Berlin vom 13. Januar 1928 durch Vermittlung des städtischen Nachrichtenamtes zuzuleiten sind. Die Verfügung bezieht sich ausdrücklich sowohl auf Werke, die die Stadt über ihre Dienststellen selbst herausgeben, wie auch auf solche, die in einem Privatverlag erscheinen.“

Explosion in chemischer Fabrik.

Ein Arbeiter verletzt.

In der Chemischen Fabrik Dr. Henning in Tempelhof, Komturstr. 12/13, ereignete sich gestern nachmittag eine folgenschwere Explosion, bei der ein junger Arbeiter, der 17 Jahre alte Fritz Thilo aus der Kaiser-Friedrich-Straße 66 in Neukölln erhebliche Brandverletzungen erlitt. Die Ursache der Explosion, bei der sich ein Gemisch von Äther und Stearin entzündete, konnte bisher noch nicht geklärt werden. Durch den Luftdruck wurden mehrere Fensterscheiben zertrümmert.



Frau Loriot stand auf und trat neben die Tochter. „Germaine, mache es mir nicht noch schwerer, weiß Gott, es ist mir nicht leicht geworden, denn auch für mich sind das keine toten Gegenstände — Aber es muß einfach sein, hörst du, Germaine, wir können nicht so weiterleben. Mein Vermögen ist zu klein, um das Haus halten zu können, ganz abgesehen von deinem Studium und Walters' Erziehung. Wir müssen uns einrichten. Ich habe einen Käufer für die Möbel gefunden — von dem Geld können wir Monate lang leben.“

„Monate lang! Und wenn diese Monate dann vorüber sind?“

Frau Loriot gab sich innerlich einen Ruck. „Es ist viel besser, du erfährst jetzt alles auf einmal, Germaine. Du bist ja ein erwachsener, vernünftiger Mensch. Ich werde auch das obere Stadtwerk vermieten. Wir haben völlig genug an den vier unteren Räumen. Die Miete, die ich für das zweite Stadtwerk bekomme, ist so hoch, daß ich nahezu den ganzen Haushalt für uns drei bestreiten kann. Das Vermögen können wir dann ganz für deine und Walters' Ausbildung verwenden, wenn nicht ganz böse Zeiten kommen. Dieser Krieg ist ja entsetzlich. Wer hätte jemals gedacht, daß wir das erleben müßten!“ Sie sah die Tochter an.

Aber Germaine begriff immer noch nicht, was in ihrem Elternhaus vorgegangen war. „Du mußt vermieten, Mama, die Zimmer vermieten, in denen Vater sich so wohl fühlte — Sie brach ab und schluchzte.“

Frau Loriot beugte sich zu ihr herab und legte den Arm um ihre Schultern. „Ich weiß keinen anderen Ausweg, Germaine. Ihr seid beide so begabt — es ist ganz selbstverständlich, daß Geld für eure Ausbildung da sein muß. Du brauchst noch drei Semester bis zum Staatsexamen, du mußt promovieren, und es ist auch richtig so. Walter hat noch drei Jahre bis zum Abitur, dann kommen acht Semester

Technische Hochschule, aber das ist dann nicht mehr so schlimm, denn inzwischen bist du längst fertig. Die paar Jahre werden wir schon durchhalten.“

„Und wer wird hier einziehen?“ fragte Germaine nach langem Schweigen.

„Es ist ein Ehepaar mit einem erwachsenen Sohn. Sie kommen aus Leipzig und wohnen zur Zeit noch im Hotel, bis ich hier alles in Ordnung gebracht habe. Der Mann ist Vertreter einer Fabrik.“

„Und diesen mildfremden Menschen willst du unsere Zimmer öffnen? Gibt es denn nicht hier am Ort jemand, den wir kennen! Können wir denn nicht einen Lehrer an der Hochschule, der noch keine Wohnung hat, hier aufnehmen oder einige Musikstudierende?“

Frau Loriot lächelte trübe. „Ach, Kind, ich muß ja leider leben, daß das Vermieten auch lohnt! Was kann ich von einem Lehrer oder gar von den jungen Menschen, die noch nichts verdienen, verlangen! Aber dieser Herr scheint ein geradezu riesenhaftes Einkommen zu beziehen. Außerdem hat er mir einen glänzenden Vertrag gemacht. Ich bin berechtigt, ihm sofort zu kündigen, wenn er nicht die genaue Zahlungsfrist innehält. Der größte Teil unserer Möbel bleibt in den Zimmern, nur an Stelle des Damenzimmers, dessen Mobiliar ich verkauft habe, wird ein Schlafzimmer eingerichtet. Der Sohn schläft in Walters' Zimmer, der jetzt die große Kammer auf dem Boden bekommt. Herr Köchlin hat mir schriftlich zugesagt, die Möbel mit größter Schonung zu behandeln, außerdem bezahlt er noch eine besondere, nicht unbeträchtliche Abnutzungsgebühr außer der Miete. Ich bin also nach jeder Seite hin gesichert.“

„Und weshalb legt dieser Herr solchen Wert darauf, gerade bei uns zu wohnen! Für diese Summen kann er sich ja im ersten Hotel ein Appartement mieten. Ganz abgesehen davon, daß er sich mit seinem Rieseneinkommen eine eigene Villa bauen könnte!“ fragte Germaine mißtrauisch.

„Auch das habe ich mich und auch ihn selbst gefragt Herr Köchlin hat mir erwidert, daß er hier fremd sei, daß er fürchte, man werde ihn fröhtig und ablehnend entgegenkommen, sobald er geschäftliche und gesellschaftliche Verbindungen anknüpfen will. In diesen kleinen Städtchen herrscht ja noch ein eingeleitetes Mißtrauen gegen jeden, der nicht hier wenigstens ein paar Jahre verbracht hat. Und ich muß sagen, diese Erklärung hat mir völlig eingeleuchtet.“

Über Germaine erhob sich erregt. „Rein, Mama, da

kann ich dir nicht bestimmen! Ich bin fast überzeugt, daß dieser Kerl einer jener Schieber ist, die aus diesem Krieg ihren Profit ziehen! Und daß wir mit unserem Namen und dadurch, daß wir ihm unser Haus öffnen, einen Schein der Ehrenhaftigkeit um sein Gewerbe legen, das ist noch viel fürchtbarer, als daß deine schönen Möbel verkauft sind! Sind wir wirklich so arm geworden!“

Auch die Mutter erhob sich. Erschrocken sah sie die Tochter an. „Du siehst zu schwarz, Germaine! Wenn mir ein solcher Gedanke gekommen wäre, dann hätte ich diesen Vertrag nicht unterschrieben, trotz allem nicht! Aber die Familie macht einen sehr ehrenwerten und soliden Eindruck. So sieht doch kein Schieber aus, Germaine!“

Aber die Erregung dieses Tages war für sie zu groß gewesen. Es war zu Ende mit ihrer Selbstbeherrschung. Fassungslos lehnte sie sich an die Tochter und weinte.

„Was habe ich gelitten in diesen Tagen — aber es blieb mir keine andere Wahl mehr. Ich habe bei allem, was ich tat, an nichts anderes gedacht, als an euch —“

Germaine sah in ihrem Zimmer. Sie hatte die altfranzösische Grammatik vor sich liegen, aber sie war nicht bei ihrer Arbeit. Immer wieder dachte sie an das heutige Erlebnis, immer wieder sah sie die gebeugte Gestalt der Mutter, ihr verweintes Gesicht. „Ich habe immer nur an euch gedacht...“ Sie hatte in ihrem ganzen Leben immer an die anderen gedacht, niemals an sich. Es war ihr Wesen, ihr Weg, ihr Schicksal. Es war ihre Tragödie und ihre Erfüllung.

Es klopfte dreimal. Dann steckte Walter seinen Kopf durch den Türspalt.

„Püffeln euer Gnaden! Dann verschwinde ich sofort wieder!“

Das Gesicht Germaines belebte sich. Herzlich strahlte sie dem Bruder die Hand entgegen.

„Ich hab dich heute nachmittag, als du dem Ausmarsch der Erziehungskommission zuschaust. Ich bin ein paar Straßen mitgegangen, denn Professor Behm ist heute ausgerückt. Als Gemeiner, er sah schauerlich aus in seinen zu langen Hosen. Aber er war sehr vergnügt. Wir hatten von 4 bis 5 Schule, und so mußte ich wieder zurückrennen, sonst hätte ich dich trotz deines tiefstimmigen Gesichtes angerempelt.“

Germaine lächelte. „Ich habe dich in dem wohlbegründeten Verdacht, daß du diese Stunde geschwänzt hast, bloß um die armen Kerle zu sehen, die man da wieder zur Schlachtkamp führt.“ (Fortsetzung folgt.)

Invalidenmarken gefälscht.

Fälscher und Drucker festgenommen.

Einem Gaunerkonfession ist die Kriminalpolizeistelle jetzt auf die Spur gekommen. Nach längeren Beobachtungen ist es gelungen, mehrere Teilnehmer zu verhaften, und die Druckerlei auffindig zu machen.

Vor einigen Tagen wurde auf dem Postamt 17 in der Freuchstraße im Osten Berlins von einem zunächst unbekanntem Manne ein großer Kasten Invalidenmarken angeboten. Der Postbeamte erkannte, daß die Marken gefälscht waren und benachrichtigte die Kriminalpolizei. Beamte, die sofort entsandt wurden, konnten den Arbeiter, den man solange eingehalten hatte, beobachten. Er trat sich mit einem anderen Manne in einem Lokal und schließlich gingen beide nach der Köpenicker Straße. Die weiteren Ermittlungen ergaben nun folgendes:

Im Hause Köpenicker Straße 143 wohnte der Zeichner Friedrich Gottlieb, ein Mann von 43 Jahren, der aus Nürnberg stammt. Bei ihm in Untermiete hauste der 50 Jahre alte Kaufmann Traugott Ried. Beide hatten beschlossen, gemeinsam Invalidenmarken zu fälschen. Nachdem sie die Altschees angefertigt hatten, legten sie sich mit dem Buchdrucker Robert Flügel in Verbindung, der in der Großen Frankfurter Straße eine Druckerlei betreibt. Gestern abend griffen die Beamten zu. Flügel und Gottlieb wurden festgenommen. Ried war verschwunden. Die beiden Verhafteten legten nach kurzem Zeugnis ein umfassendes Geständnis ab. Nach einem gemeinsam besprochenen Plane sollten zuerst 2000 Stück Marken hergestellt werden. Jedes Stück im Werte von 2 Mark sollte zu 1 Mark verkauft werden. Ried wollte den Vertrieb übernehmen. Man vertraute ihm zunächst 900 Marken an. Der Erlös sollte so geteilt werden, daß jeder 300 Mark erhielt. Ried hat seine Komplizen betrogen. Mit dem Erlös ist er geflüchtet. Die restlichen 1100 Stück will Flügel verbrannt haben. Er hatte Angst bekommen und wollte den Vertrieb nicht weiter betreiben. Nach Ried wird noch gesucht.

Gefährliche Geistesranke.

Bahn sinnig zündet ihre Wohnung an.

In der Nacht zu Freitag wurde die Feuerwehre nach der Rositzstraße 7 alarmiert, wo in der Wohnung der 49 Jahre alten Alma Schulz im 4. Stockwerk Feuer ausgebrochen war. Hausbewohner wurden plötzlich durch gellende Hilferufe aus dem Schlaf geschreckt. Das Treppenhaus war von Rauchgasen erfüllt. Als mehrere Mieter der Bedrängten zur Hilfe eilen wollten, erhielten sie keinen Einlaß. Die Feuerwehre mußte die Wohnungstür einschlagen, um Frau Sch., die trotz schwerer Brandverletzungen den Beamten heftigen Widerstand entgegensetzte, aus der brennenden Wohnung zu retten. Die Frau wurde in das Urbanfrankenhaus gebracht. Nach den beendeten Löscharbeiten stellten die Feuerwehrleute in der Wohnung mehrere Brandherde fest. Danach hat die Unglückliche in einem Anfall von Geistesgestörtheit das Feuer selbst angelegt. Ihre Untersuchung durch den Kreisarzt ist, sobald es ihr Zustand erlaubt, angeordnet worden.

Um die gleiche Zeit hatte die Feuerwehre und die Polizei in der Sickingenstraße 10 in Moabit einen Kampf mit einer Geistesranke zu bestehen. Die 37jährige Hedwig Schäfer erlitt gegen 1/3 Uhr einen Tobsuchtsanfall. Sie öffnete die Fenster ihrer im 3. Stockwerk gelegenen Wohnung und warf unter lauten Schreien ihre Möbel auf die Straße. Auch in diesem Falle mußten die Beamten gewaltsam in die Wohnung eindringen und die Törende übermächtig. Zur Untersuchung ihres Geisteszustandes ist die Frau nach in der Nacht nach der Wittener Heilanstalt gebracht worden.

Wieder Auktorat in Berlin.

Inbetriebnahme in den nächsten Tagen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in diesen Tagen die Vorlage über die allgemeinen Bedingungen für den Auktorat zur Beschaffung von Gegenständen, der in den nächsten Tagen wieder in Betrieb genommen wird.

Der alte Auktorat ist 1928 stillgelegt worden. Es ist erst jetzt gelungen, die Wiederinbetriebnahme zu ermöglichen. Von den zur Zeit in Betrieb befindlichen rund 7000 Kraftfahrzeugen ist die überwiegende Anzahl (5600) der Innung Vereinigter Droschkenehmer Groß-Berlins angeschlossen. Deshalb bietet das mit der Innung abgeschlossene Abkommen die Aussicht, daß der Auktoratsbetrieb ohne Schwierigkeiten wieder aufgenommen wird.

Die jetzt zu vereinbarenden Bedingungen unterscheiden sich von den früheren grundsätzlich in zwei Punkten. An Stelle des bisherigen indirekten Systems — die Vermittlung erfolgte hier durch eine besondere Zentrale des Auktorats — ist das direkte System, unmittelbarer Anschluß zwischen Jahrgang und Auktorkauf, getreten. Es werden hierdurch für den Betrieb weniger Kosten verursacht. Dann ist aber auch die Zahl der Auktorkaufstellen wesentlich eingeschränkt worden, da die Erfahrung gezeigt hat, daß für die Innenbezirke kein Bedürfnis nach dem Auktorat vorhanden ist.

Steine gegen Schaufenster.

In der vergangenen Nacht belästigten sich wieder an verschiedenen Stellen der Stadt jugendliche Burschen als Fensterstürmer. In der Seydelstraße wurden drei große Schaufensterheben der dortigen christlichen Buchhandlung durch Steinwürfe zertrümmert. Es wurden drei Täter beobachtet, die auf Fahrrädern flüchteten. Zwischen 2 und 4 Uhr wurden am Kaiserdaum etwa 10 Schaufensterheben eingeschlagen. Auch in diesem Falle konnten sich die Täter ihrer Festnahme durch die Flucht entziehen.

Kirchensteuer und Kirchenaustritt.

Wir entnehmen dem Freidenker-Presseblatt: In Preußen ist die jetzt günstigste Zeit zum Kirchenaustritt. Wird der Austritt bis zum Ende Dezember vollzogen, so erlischt die Verpflichtung zur Kirchensteuerzahlung mit dem Ende des Kirchensteuerjahres, also am 30. März 1932. Wer zwischen Januar und März des kommenden Jahres austritt, ist noch zu einer dreimonatlichen Zahlung bis Ende Juni 1932 verpflichtet, während bei einem späteren Austritt für ein volles Jahr die Kirchensteuer bezahlt werden muß. Der Austritt kann entweder kostenlos bei dem Amtsgericht des Wohnbezirks erfolgen oder in Berlin gegen eine Notariatsgebühr von 2 Mark in den Abendstunden bei folgenden Notaren: Montag und Donnerstag, 19—20 Uhr, Berlin, Oranienstraße 41; Dienstag und Freitag, 19—20 Uhr, Berlin, Große Frankfurter Str. 141; Sonnabend, 17—18 Uhr, Charlottenburg, Rosinstraße 4; Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, 18—19 Uhr, bei Notar Appel, Reinickendorfer Straße 118. Persönliche Ausweispapiere sind in jedem Falle mitzubringen. Jugendliche über 14 Jahre sind berechtigt, selbständig auszutreten.

Strandgut im Freibad Wannsee

Trauringe, Grammophonplatten und Gebisse sind abzuholen

Die Badeverwaltung Wannsee hat einen Auktorat erlassen, demzufolge die in ihrem Fundbüro lagernden Objekte bis zum 20. Dezember abgeholt werden müssen; nach diesem Termin gelangen Kleidungsstücke an Wohlfahrtserwerbslose zur Verteilung; Wertgegenstände sollen tagiert und versteigert werden.

Das Fundbüro des Freibades Wannsee gleicht einem kleinen Kaufhaus; auf hohen Regalen ist da in großen Mengen alles aufgelistet, dessen der Mensch an irdischen Gütern bedarf. Da gibt es eine großangelegte Bijouterieabteilung mit Anstecknadeln, Ketten, Uhren, Trauringen, einzelnen Raschettknöpfen und Zigarettetenüts; das Hauptlager, die Badeabteilung, enthält reichhaltige Kollektionen von Badeanzügen, Schuhen, Kappen und Bademänteln. Im Kleiderlager sind Männerhüte in großen Mengen vorhanden, eiserne Schuhe, hauptsächlich von Kindern, und auch sogar vollständige Anzüge. Hier verhält sich die Sache so, daß Badende, die ihre Kleidungsstücke am Strande liegen ließen, den Pfah auf der 1000 Meter langen überfüllten Strandfläche nicht wiederfinden. Die Verzeiwesseln kommen dann im Badetrafot ins Fundbüro und melden ihren Verlust, worauf sie aus dem Vorrat der vorhandenen Fundgegenstände, so gut es eben geht, eingekleidet werden. Wenn sie später ihre Sachen wieder erhalten, bringen sie die Ersatzgarderobe zurück. Dann gibt es Brillengläser und Futterale — in einem solchen hat ein eifriger Briefmarkensammler schöne ausländische Briefmarken vermehrt — Spazierstöcke, Schirme, Taschentücher, Koffer, Taschen, Handtäschchen mit voller Ausrüstung, Bürsten, Kinderpielzeug, Bücher, Büstenhalter, Plattfußeinlagen, solche Gebisse, Grammophonplatten und ein ganzes Arsenal von Schlüsseln.

Fahrgeld gegen Pfänder.

Zur Badezeit steht die Türe des Fundbüros überhaupt nicht still, und alle Stufen der menschlichen Temperamente offenbaren sich. Da stürzt etwas atemlos ein älteres Mädchen ins Büro und meldet den Verlust ihrer Zähne; nach ihrer Beschreibung händigt man ihr ein Gebiß ein, sie erkennt es als das ihrige und geht freudestrahelnd damit ab; nach wenigen Minuten erscheint sie wieder gefestigten Hauptes und meint in traurigen Tonfall:

„Nein, es ist doch nicht das richtige, da sind ja drei Zähne zuviel drauf. Nun wird im Gebißlager weitergesucht, leider ohne Erfolg, und mit fest zusammengepreßten Lippen zieht die Unglückliche wieder ab. Kindliche Verzweiflungsausbrüche über den Verlust einer Schippe oder eines Eimerchens sind schon eher zu lindern und bald verfliehet der Tränenstrom. Als einer der Beamten lange nach Badeschluß das Büro verläßt, steht am Ausgang ein kleiner Junge und heult aus Leibesträßen: „Ach, ich kann ja gar nicht mehr nach Hause, ich habe mein Fahrgeld verloren“, schluchzte er unter Tränen, und auch dieser Schaden ist bald wieder kuriert. Ueberhaupt fungiert das Fundbüro in der Badezeit so nebenbei als kleine Darlehenskasse, es kommt häufig vor, daß sich der eine oder der andere verausgabt oder seine Barschaft verloren hat und sich das Fahrgeld pumpen muß; gegen ein kleines Pfand tut man dies gerne, unter diesen Pfändern befinden sich Koffer, Ringe, sogar einmal eine 300-Markie, die allerdings mit dem Betrage von 5 Mark befehnt wurde. Die ehrliche Finderin von 20 Grammophonplatten erbat sich als Finderlohn vom Besitzer mittels lebenswürdigen Schreibbriefes eine solche aus; ein dankerfülltes Antwortschreiben mit der gewünschten Beilage aus Horngummi gelangte leider nicht in ihre Hände.

1800 Fundfachen.

Die Fundfachen, deren man in diesem Jahre über 1800 zählt, werden von Angestellten und auch von Badegästen abgegeben, beim täglichen Aufharken des Sandes findet sich auch allenthalben, das Wasser spült viele im Wasser verlorene Gegenstände ans Ufer, ebenso die alljährlich vor Saisonbeginn vorgenommene Generalreinigung des Sandes durch Großsiebe. Als einmal ein wertvoller Schmuckgegenstand in Verlust geriet, für den eine angemessene Belohnung ausgesetzt war, wurde gleich an Ort und Stelle durch das Personal eine erfolgreiche Suche vorgenommen. Meldet ein Besucher den Verlust eines Gegenstandes, dann wird nachgesehen, und er erhält Nachricht, ob das betreffende Objekt sich vorgefunden hat. Bei Abholung hat er lediglich 5 Pfennig für Porto zu bezahlen. Das Lager liegt sich leider sehr spärlich und es sind manche Stücke darunter, deren Fehlen für den Besitzer bestimmt sehr unangenehm ist.

Freie Sozialistische Hochschule

Heute, den 14. November, 1930 Uhr

im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 1, spricht Professor Dr. SIEGFRIED MARCK-Breslau anlässlich des 100. Todestages Friedrich Hegels über das Thema:

„Hegel und der wissenschaftliche Sozialismus“

Karten zum Preise von 50 Pf. sind an der Abendkasse erhältlich, ebenfalls ermäßigte für Erwerbslose und Studierende

Fünf Kinder getötet.

Selbstmord des unnatürlichen Vaters.

Wien, 13. November.

In Bernhardschlag in Oberösterreich tötete der Kleinbauer Scheibelhofer nach einem Streit mit seiner Frau, der aus einer geringfügigen Ursache heraus entstanden war, seine fünf Kinder im Alter von neun Wochen bis sieben Jahren. Nach dieser furchtbaren Tat schnitt er sich mit einem Rasiermesser die Kehle durch.

Köfferchen mit Pistolen.

SA-Märchen vor Gericht und ein Freispruch.

Die wenigsten scheinen zu wissen, daß in Berliner Parks die scharfgeladenen Revolver auf den Begen liegen. Sie gehören eben nicht zur Hülserchen SW. Der Führer des Sturmes 7 Kraut und sein Truppführer Martin fanden aber am 9. November im Kleinen Tiergarten gleich drei scharfgeladene Pistolen. Unmittelbar vor ihnen hatten unbekanntes sie, in ein Papier gepackt, fallen lassen; der Sturmführer hob sie auf, übergab sie seinem Truppführer, damit dieser sie sofort zur Polizei bringe. Der Truppführer hatte aber eine zarte Verabredung, die „Dame“ führte ein kleines Handköfferchen mit, er verstaute darin die Pistolen; damit sie nicht klapperten, lagerte er sie weich zwischen einem Brotbeutel, steckte den Schlüssel zu sich und bot, das Köfferchen bis zu seiner Rückkehr von der Sturmbarndversammlung aufzubewahren. Was geschah nun weiter?

Gegen 10 1/2 Uhr beobachteten zwei Polizeibeamte, wie sich an der Ede Strom- und Turmstraße kleine Nazitrupps sammelten, auch Kommunisten waren dazwischen, besonders auffallend benahm sich eine Gruppe von etwa acht Nationalsozialisten in der Nähe des Kommunistenvereinslokals. Als sich die Beamten der Gruppe näherten, nahmen die jungen Leute Reißaus, die Beamten liefen hinterher, eine Polizeistreife eilte herbei, man rief „Halt“, die Laufenden blieben stehen mit Ausnahme von einem, der im Sturmlauf durch die Essener und die Kreiselder Straße, verfolgt vom Polizeibeamten, zum Bundesratsufer stürzte und schnell etwas ins Wasser warf. Der junge Mensch wurde von der Polizeistreife zwangsgestellt, der Polizeibeamte holte den fortgeworfenen Gegenstand, der das Wasser nicht erreicht hatte — es war ein Köfferchen mit drei Pistolen drin.

Der Zwangsgestellte, namens Friedrichsen, bestritt vor der Polizei, das Köfferchen fortgeworfen zu haben. Vor dem Schnellschöffengericht gab er das Zeugnis auf, erzählte, daß ein junger Mensch, den er nur dem Aussehen nach kenne, ihm das Köfferchen Ede Stromstraße gegeben habe, mit dem Versprechen, es in einer Stunde wieder abzuholen; er wolle zum Sturmabend. Was es enthalten habe, sei ihm nicht bekannt gewesen, beim Herannahen der Polizei sei er donongelaufen, weil er gedacht habe, es könnten darin verbotene Schriften sein. Der Führer des Sturmes 7 erzählte das Märchen vom Revolverfund, sein Truppführer die Phantasie von seiner Begegnung mit der „Dame“ — das Köfferchen schenkte er noch bel sich. Wie das Köfferchen von dieser geheimnisvollen Dame, deren Namen zu nennen der Zeuge sich weigerte, in den Besitz des Angeklagten gekommen war, interessierte weder das Gericht noch den Staatsanwalt. Dieser glaubte den Tatbestand des Verstoßes gegen die Rotverordnung über unbefugtes Führen von Waffen für erwiesen und beauftragte ein Jahr Ge-

fängnis, das Gericht erachtete es nicht für erwiesen; das Aufhe-mahren von Waffen sei kein Führen von solchen, der Angeklagte könnte wirklich geglaubt haben, es befänden sich im Köfferchen verbotene Schriften und sprach frei.

Der Staatsanwalt beabsichtigt gegen das Urteil Berufung einzulegen, Kraut und Martin zur Verantwortung zu ziehen.

Chauffeurmord aufgeklärt.

Geständnis des einen Täters.

Das Verbrechen an dem 23jährigen Chauffeur Bohl, der in der Nacht zum vergangenen Sonntag in Buchholz neben seinem Wagen erschossen aufgefunden wurde, ist durch das Geständnis des einen Täters in den gestrigen späten Abendstunden restlos geklärt worden.

Der 23jährige Baderarbeiter Hermann Wittstock, der zusammen mit seinem Freunde, einem gleichaltrigen Arbeiter Kohrbach, unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft festgenommen wurde, hat bei einer nachmaligen Vernehmung gestanden, zusammen mit B. das Verbrechen ausgeführt zu haben. Sie besuchten am Sonnabend ein Kino in Berlin und kehrten abends nach Pantow zurück. Dort mieteten sie sich an der Kirche eine Autodroschke, die von Bohl gefahren wurde. Auf der Chaussee zwischen Buchholz und Schönwerlinde ließen sie den Wagen halten. Wittstock öffnete die rechte Tür und Kohrbach stieg links aus. Als sich der Chauffeur zur Uhe beugte, um den Fahrpreis abzugeben, schoß Kohrbach aus nächster Entfernung auf ihn. Der Schuß war aber nicht gleich tödlich. Der schwerverletzte Bohl eilte auf den Fahrdamm, wo er sammernd zusammenbrach. Kohrbach schoß dann noch ein zweites Mal, was den Tod des Unglücklichen zur Folge hatte.

November-Feststunde.

In Mahlsdorf hatte die 124. Abteilung zu einer November-Feststunde eingeladen, die außerordentlich stark besucht und ein großer Erfolg für die Veranstalter war.

Der Parteivorstand, Genosse Hans Vogel, gedachte zunächst unter Anteilnahme der Versammlung in ehrenden Worten des Ablebens von Friedrich Voelke. Dann zeichnete er in großen Zügen die innenpolitische Entwicklung und unsere Stellung dazu seit 1918. „Auch heute wie 1918 stehen Demokratie und Republik im Vordergrund des Kampfes. Der deutschen Demokratie und Republik hatten große Mängel an, sie sind erfüllt vom kapitalistischen Geist, sie entsprechen keineswegs unserem Ideal von der sozialistischen Republik, bei uns allen sind die stärksten Unzufriedenheiten heute vorhanden. Aber wenn es sich um die grundsätzliche Frage Diktatur oder Demokratie handelt, kann sich die Arbeiterklasse nur für Demokratie entscheiden. Wenn wir eine Regierung Jugenbergs-Hitler zugelassen hätten, so wäre von den Erzeugnissen von 1918 heute nichts mehr vorhanden. Unsere Tolerierungspolitik ist kein Verrot am Klassenkampf, wir alle wollen den Sozialismus, aber wir sind der Meinung, daß wir zum Sozialismus am besten auf dem Wege der Demokratie kommen. Wir wissen nicht, ob der Arbeiterkampf der gewalttätige Weg eripart bleibt, wenn jedoch unsere Gegner nun offenen Angriff übergehen, sind auch für uns die Grundzüge der Demokratie nicht mehr gültig. Und auch die Führung des außerparlamentarischen Kampfes wird dann bei der SPD. und den freien Gewerkschaften liegen.“

Die Rede des Genossen Vogel, die in einen Appell zur Einigkeit ausklang, wurde mit langdauerndem Beifall und Zustimmung aufgenommen. Der Arbeitseingangsverein „Freiheit“, Genosse Hofmann mit Rezitatoren, Kinderfreunde und S.A.U. trugen zum Gelingen der kompliziertesten Feststunde bei.

Zwölftausend Budapestler Häuser ohne Gas. Die Budapestler Klempner- und Installateur-Innung stellt fest, daß es in Budapest noch 12000 Häuser ohne Gasleitung gibt.

Im Anknüpf an Sexualwissenschaft findet der nächste Sexualwissenschaftliche Tagabend am Montag, dem 16. November, 20 Uhr, im Ernst-Haack-Saal (In den Seiten 90, Eingang Gartenportal) statt. Unkostenbeitrag 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

Kartelle verlängern die Krise.

Grundsätzliche Bemerkungen zur Wirtschaftspolitik.

Professor M. J. Bonn, der Rektor der Berliner Handelshochschule, veröffentlicht im „Deutschen Volkswirt“ vom 13. November einen Artikel „Kollektivbankrott“, der an den Inflations-, Schuldentwertungs- und Zinsentzugsplänen eine vernichtende Kritik übt. Einige grundsätzliche Bemerkungen über den Kollektivismus der deutschen Kapitalisten, wie er in Kartellen und Schutzzöllen sich auswirkt, scheinen uns gerade jetzt besonders beachtlich. Prof. Bonn schreibt:

In den letzten Jahren hat von vielen Seiten ein leidenschaftlicher Ansturm gegen den Kollektivismus begonnen, der das Wirtschaftsleben mit seinen alles verflüchtenden Gleichmachungen verheere. Insbesondere wurden die Tarifverträge als schlimmstes Hindernis wirtschaftlicher Erholung bezeichnet, weil sie von dem Grundsatz ausgehen, Ungleiches gleich zu machen und dem Leistungsunfähigen das gleiche Entgelt zu bieten wie den Leistungsfähigen. Vom individualistisch-philosophischen Standpunkt aus läßt sich manches für eine solche Auffassung sagen. Sie wird aber von den Leuten, die sie am leidenschaftlichsten vertreten, in ihren eigenen Angelegenheiten nicht angewendet.

Sowohl bei Schutzzöllen wie bei Kartellen ist der Grundgedanke ein kollektiver. Sämtlichen Berufsangehörigen, einerlei, ob sie es nötig haben oder nicht, wird auf Kosten der Allgemeinheit der gleiche Schutz zugewilligt, mit dem Ergebnis, daß Unternehmen, die ohne einen solchen Schutz sehr gut auskommen können, auf Grund dieser Kollektivabmachungen eine zusätzliche finanzielle Rente erhalten. Dieser vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung besonders gefährliche Kollektivismus macht sich seit einiger Zeit auf einem Gebiet geltend, das seiner innersten Eigenart nach das kapitalistischste ist: der Regelung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs.

In der kapitalistischen Welt ist der Bankrott keine Zufluchtsstätte, sondern ein notwendiger Regulator des ökonomischen Gleichgewichts. Er erfolgt nicht nur, wenn der einzelne Unternehmer unzulänglich ist, er tritt insbesondere in Krisenzeiten dort auf, wo sich ein Mißverhältnis der verschiedenen Zweige der Produktion entwickelt hat. Der Sinn des Bankrotts ist die Befreiung überzähliger Unternehmungen und die Anpassung der Leistungsfähigkeit der Produktionsanlagen an den Bedarf.

Je größer die Anlagekapitalien eines Wirtschaftszweiges sind, desto konjunkturempfindlicher ist er, desto unvermeidlicher ist aber auch der Bankrott zur Überwindung der Krise. Denn solche Unternehmungen können nur wirtschaftlich produzieren, wenn sie in vollem Umfang tätig sind. Jeder Rückgang des Absatzes

um ein paar Prozent erhöht die Kosten der verbleibenden Produktion sprunghaft und erschwert dadurch die nötige Preisherabsetzung, die Vorbedingung zur Überwindung der Krise ist. Die Kartelle, die gerade in solchen Industrien besonders stark zu sein pflegen, sind daher die größten Hindernisse der Gesundung.

Die kartellmäßigen Bindungen, die jedem beteiligten Werk nur die Ausbringung einer Quote gestatten, erhöhen die Produktionskosten und damit die Preise aller. Sie machen die Ausschaltung der überflüssigen besonders schwer und verzögern die Heilung der Krise, die nur eintreten kann, wenn die Gesamtproduktion auf die leistungsfähigen Werke konzentriert wird, die dann mit ganzer Kraft und daher mit sinkenden Kosten arbeiten. In dieser Tatsache liegt wohl der erheblichste praktische Unterschied zwischen Trust und Kartell. Ein Trust, der seine Gesamtproduktion auf den leistungsfähigsten Betrieb konzentriert und die anderen stilllegt, kann zur Überwindung einer Krise beitragen, Kartelle verlängern sie nur.

Ehrengerichte zur Wirtschaftereinigung? Ehrliche Bilanzen und Abschreibungen wären besser!

Unter Vorsitz des Generaldirektors der Vereinigten Stahlwerke Boesgen besaßte sich die Industrie- und Handelskammer Düsseldorf mit den jüngsten Vorgängen in der deutschen Wirtschaft. Es sei der Eindruck entstanden, als ob unlautere und gewagte Spekulationen das Wirtschaftsleben beherrschten, und die schlechte Wirkung der Vorgänge sei nicht zu leugnen. Zur Beruhigung der Gemüter wurde festgestellt, daß es sich nur um vereinzelte Vorgänge handele. Gleichwohl konnte man nicht umhin zu betonen, daß es „nicht genüge, durch allgemeine Erklärungen von solchen Vorgängen abzurücken“.

Was aber schlägt die Düsseldorfer Industrie- und Handelskammer positiv für die Hebung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft vor? Ehrengerichte! Ehrengerichte bei den Handelskammern, die den Begriff des „ehrbaren Kaufmanns“ wieder Anerkennung verschaffen sollen. Wie das in einzelnen Gehehlen los, bleibt leider Geheimnis. Wäre es nicht besser gewesen, die Düsseldorfer Kammer hätte ihren Mitgliedern zunächst einmal ehrliche Bilanzauflistung und das öffentliche Eingeständnis verlorener Kapitalien zur Pflicht gemacht? Freilich hätte man dann wohl sehr dicht vor der eigenen Tür mit dem Rechen beginnen müssen!

Industriemacht Indien?

Mahatma Gandhis Sendung. — Nach dem konservativen Sieg in England.

Mahatma Gandhi, der Führer der indischen Nationalbewegung, verhandelt in London immer noch über das politische Schicksal seines Landes. Sicher ist er ein konzipianter, ebenso sicher aber auch kein sehr angenehmer Verhandlungspartner für die Engländer; denn Gandhi will konkrete Erfolge mit nach Indien bringen und wird, wenn das nicht möglich ist, die Londoner Round-Table-(Runder Tisch)-Konferenz wieder verlassen. Unabhängigkeit Indiens auf militärischem und finanziellem Gebiet, in steuer- und sozialpolitischer Hinsicht ist das Verhandlungsziel der Indier in London; nur unter solchen Voraussetzungen der Gleichberechtigung ist Indien nach Gandhis Worten zu einer „Partnerin“ (Partnerin) mit Großbritannien bereit. Der Wahlsieg der Konservativen wird den Erfolg der Verhandlungen für Indien sicher nicht fördern.

Das „Mutterland“ und die Tochter.

Großbritannien, das gegenwärtig noch das indische Reich kontrolliert, hat auf einem Flächeninhalt von 250 000 Quadratkilometern rund 45 Millionen Einwohner. Britisch-Indien ist mit 4,7 Millionen Quadratkilometer 19mal so groß und hat mit 351 Millionen Einwohner eine etwa achtmal so große Bevölkerung wie Großbritannien. Seit dem Ausbruch des Weltkrieges erfährt Indien einen grundlegenden Wandel; von da ab haben sich die Schwierigkeiten zwischen England und Indien gehäuft.

Schon vor dem Kriege entstanden in den Hauptzentren Indiens zahlreiche Fabriken, doch wurde damals die Entwicklung noch nicht recht ernst genommen. Für die wichtigsten industriellen Fertigerzeugnisse gab es keine Zölle, fast zwei Drittel der Einfuhr stammten aus England, die eigene Fabrikation war teilweise mit drückenden Sondersteuern belastet.

Die Störung des Seehandels, die der Krieg mit sich brachte, das plötzliche Ausbleiben der Fertigwarenlieferungen besonders aus Großbritannien, auch der Ausrüstungsbedarf für die indischen Soldaten führten zur Gründung zahlreicher neuer Industrieunternehmen. Die Unternehmergewinne waren glänzend, es bildeten sich große Kapitalien, mit denen Handels- und Industrieunternehmen finanziert werden konnten, und gleichzeitig wuchs die Zahl der Arbeiter.

Die durch den Weltkrieg verursachte Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur Indiens ist nicht mehr wegzumischen.

Einige Zahlen mögen die Wandlung der Dinge veranschaulichen.

Die Zahl der Baumwollspinnereien wuchs von 1913 bis 1929 von 6 auf 8,7 Millionen Spindeln. Die Kohlenförderung stieg von 16,5 Millionen Tonnen 1913 auf 22 bis 23 Millionen. Die Erzeugung der Rohseide hatte sich 1929 mit 1 120 000 Tonnen verdreifacht. Jute webstühle gab es 1905 rund 21 000, bei Kriegsausbruch 35 000, im Jahre 1923 46 000 und heute über 50 000. Große Fortschritte brachte die Metallherzeugung. Die Rohstahlerzeugung wuchs 1913 bis 1929 von 63 000 auf 467 000 Tonnen, die Bleigewinnung von 6000 auf 82 000 Tonnen.

Insbesondere hat der Ausbau der Eisen- und Stahlwerke des Tata-Konzerns zu einer empfindlichen Verringerung der britischen Einfuhr an Metallherzeugnissen geführt. Ebenso leidet heute

die britische Textilindustrie stark unter der Entwicklung der indischen Textilproduktion. Mehrfach erhöhte Zollsätze erschweren die englische Einfuhr, die steuerlichen Sonderbelastungen der einheimischen Industrie dagegen sind gefallen. Bombay zählt heute rund 1 750 Fabriken, in denen etwa 364 000 Arbeiter beschäftigt werden. Hier von entfallen rund zwei Drittel auf die Baumwollindustrie. Rattuta ist zum Zentrum der Juteindustrie geworden.

Großbritanniens Handel hat aber nicht nur durch die Industrialisierung Indiens im allgemeinen gelitten; auch nicht nur dadurch, daß Japan und Amerika die Bearbeitung des gewaltigen indischen Marktes vertrießelten. Großbritannien hat sich vielmehr am meisten dadurch geschadet, daß es bisher nicht verstanden hat, die richtigen politischen Schlussfolgerungen aus diesem Strukturwandel zu ziehen. Wo Indien gegen ausländisches Industriekapital Front gemacht hat, richtete sich die Abwehr in der Hauptsache gegen England. Der indische Warenboikott richtete sich immer gegen England.

Dabei sind die Entwicklungsmöglichkeiten Indiens riesenhaft.

Indien hat nicht nur einen Vorrat von fast 70 Milliarden Tonnen Steinkohle und mindestens 27 Millionen PS Wasserkraftreserven — Indien hat auch gewaltige Vorkommen von Eisen, Mangan, Blei- und anderen Erzen, die bisher nur zu einem kleinen Bruchteil erschlossen sind. Außerdem stehen einer werdenden indischen Industrie die Menschen überreichlich zur Verfügung.

Angesichts der wirtschaftlichen Tatsachen und Entwicklungsmöglichkeiten ist die Fragestellung der indischen Selbständigkeit im Steuerwesen und in der Zoll- und Steuerpolitik von selbst gegeben. Wenn auch heute noch rund 250 Millionen Indier, d. h. rund 70 Proz. der Bevölkerung, von der Landwirtschaft leben, so verschiebt sich doch der Schwerpunkt der indischen Wirtschaftsentwicklung mehr und mehr in der Richtung auf die Industrie. Auch die Landwirtschaft erhält ein immer stärkeres kapitalistisches Gepräge. England wird sich nicht auf die einmal erlangte politische und militärische Vorherrschaft in Indien beschränken dürfen. Es muß den Indern zeigen, daß es ihnen auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet etwas zu bieten hat. Es muß die Bereitschaft erkennen lassen, sich der wirtschaftlichen Selbständigkeit des Reichen nicht mehr länger mit Gewaltmitteln der verschiedensten Art entgegenstellen zu wollen. Und diese Verständigungsbereitschaft wird in der politischen Verfassung Indiens deutlichen Ausdruck finden müssen. An diesen Notwendigkeiten wird auch die jetzige konservative Regierung Englands nicht vorbeikommen, wenn England mit Indien Frieden haben und — wieder Geschäfte machen will.

Die Lage in der Schifffahrt. In einer Aufsichtsratsitzung des Norddeutschen Lloyd in Bremen wurde mitgeteilt, daß das Ergebnis bis Ende September dieses Jahres verhältnismäßig befriedigend sei. Ohne die amerikanischen Freigabegelder werden die Einnahmen allerdings nur die Ausgaben reichlich decken. Aus dem Zusammenbruch des Norddeutschen Lloyd würden dem Norddeutschen Lloyd im schlimmsten Falle Verluste in Höhe von etwa 2,5 Millionen Mark erwachsen. In letzter Zeit hat sich eine leichte Belebung bei der Schifffahrt durchgesetzt, so daß der aufgelegte Schiffsraum, der zeitweilig 210 000 Tonnen betragen hatte, bis auf 50 000 Tonnen zurückgegangen ist.

Neuer Elektrizitätstarif.

Der Stromverbrauch der Berliner Haushaltungen.

Die Direktion der Bewag beschäftigt sich mit Plänen, die Stromtarife in Berlin grundlegend zu verändern. Der bisherige Tarif setzt sich aus einer Grundgebühr und einer Arbeitsgebühr (jezt noch 20 Pf. je Kilowattstunde) zusammen. Man möchte ihn ersetzen durch einen Blocktarif, wonach die ersten jeweils im Monat verbrauchten Kilowattstunden verhältnismäßig teuer sind, der gesamte Mehrverbrauch aber wesentlich billiger sein soll. Die Grundgebühr fällt dann weg. Offenbar hofft man den gegenwärtigen Stromverbrauch bei dem einzelnen Abnehmer heben zu können. Die Pläne werden noch ernsthaft diskutiert werden müssen.

Interessantes Material hierzu bringt das kürzlich erschienene Jahrbuch der Berechnungsdirektion, das die Bewag veröffentlicht. Dieses Buch enthält die Ergebnisse einer Erhebung, die die Bewag über den Stromverbrauch von Wohnungen verschiedener Größenklassen durchgeführt hat. Die Zahlen beziehen sich auf Mitte 1929 und betreffen solche Wohnungen, die mindestens ein Jahr mit elektrischen Anlagen versehen waren.

Nach dieser Erhebung beträgt im Durchschnitt bei Ein- und Zweizimmerwohnungen der jährliche Verbrauch 136, bei Dreizimmerwohnungen 178 bei Vierzimmerwohnungen 240 Kilowattstunden. Im Vergleich mit anderen Hauptstädten der Welt ist der Verbrauch gering. Für Fünzimmerwohnungen werden 325, für Sechszimmerwohnungen 473 Kilowattstunden angegeben. Erst bei der Siebzimmerwohnung wird mit 540 Kilowattstunden ein Verbrauch erreicht, der dem amerikanischen Durchschnitt (Haushalt von drei bis vier Zimmern) entspricht. Für Achtzimmerwohnungen werden 643 und für die noch größeren im Durchschnitt 912 Kilowattstunden ermittelt.

Obwohl diese Ziffern im Vergleich mit anderen Weltstädten sehr niedrig sind, bilden doch auch in Berlin die Haushaltungen heute schon eine sehr wesentliche Verbrauchergruppe. Vom gesamten Stromverbrauch Berlins kamen im Jahre 1929 526 Millionen Kilowattstunden auf Niederspannungsstrom (Strom für kleinere Abnehmer mit niedriger Spannung). Fast ein Drittel dieser Menge wurde von Haushaltungen aufgenommen. Unter den Haushaltsabnehmern bilden die Wohnungen mit ein bis drei Zimmern der Zahl nach die Hälfte. Sie verbrauchen zusammen fast ein Drittel des überhaupt an Haushaltungen abgegebenen Stroms. Einschließlich der Vierzimmerwohnungen nimmt diese Abnehmergruppe etwa 57 Prozent des Haushaltsstroms ab.

Man kann aus diesen Zahlen erkennen, daß schon heute auch die kleineren Wohnungen am Gesamtverbrauch der Berliner Elektrizitätswerte einen erheblichen Anteil haben. Das Interesse der Bewag an einer besseren Ausnutzung nicht nur der Erzeugungs-, sondern auch der Verteilungsanlagen, d. h. an einem vermehrten Elektrizitätsabfluß, ist verständlich.

Freilich sind Krisenzeiten ungünstig für Tarifänderungen. Auf alle Fälle muß vermieden werden, daß die kleineren Elektrizitätsabnehmer durch den neuen Tarif bei gleichbleibendem Verbrauch etwa höhere Monatsrechnungen als bisher erhalten und auch im ganzen muß das Ziel eine wesentliche Verbilligung der verbrauchten Kilowattstunde sein.

Zölle durch die Hintertür.

Verschärfter Protektionismus in Frankreich.

Die Schwächung der französischen Handelspolitik zu einem ausgesprochenen Protektionismus wird nach den vorangegangenen Einfuhrverboten und Kontingentierungen durch eine neue Zollmaßnahme bestätigt.

Allerdings findet durch die neue Maßnahme keine direkte Heraushebung der Zölle statt, sondern es wird der Warenimport sozusagen durch die Hintertür auf dem Verwaltungswege gedrosselt. So ist in dem neuen Haushaltsentwurf für 1932 vorgesehen die sogenannte Einfuhrsteuer ganz bedeutend heraufzusetzen. Diese Steuer, die bisher mit 2 Proz. auf alle Waren erhoben wurde, dient dem Zweck, die auch in Frankreich erhobene indische Umsatzsteuer auch auf die ausländischen Fabrikate anzuwenden. In dem neuen Gesetzesentwurf bleibt die Steuer für Rohstoffe mit 2 Proz. unverändert, dafür aber wird sie für Halbfabrikate auf 4 Proz. und für Fertigfabrikate sogar auf 6 Proz. heraufgeschraubt.

In der Praxis stellt also diese Steuererhöhung für Importe nichts anderes dar als eine allgemeine Heraushebung der Zölle für sämtliche Halb- und Fertigfabrikate. Deutschland wird als größter Lieferant Frankreichs diese Schwächung in der französischen Handelspolitik scharf beobachten müssen und die deutsch-französische Wirtschaftskommission wäre unseres Erachtens die richtige Stelle, um hier auftauchende Streitfragen und Reibungen aus dem Wege zu schaffen.

Finanzzölle für Niederländisch-Indien.

Der holländische Kolonialminister hat einen Gesetzesentwurf eingebracht, der eine Heraushebung der Einfuhrzölle Niederländisch-Indiens vorsieht. In der Begründung heißt es, daß sich die Finanzen der Kolonie so ungünstig entwickelt hätten, daß neue Einnahmequellen geschaffen werden müßten. Ob durch die Zollerhöhung die infolge der zusammengekrumpften Wareneinfuhr nach Niederländisch-Indien in Unordnung geratene Finanzen sich bessern, muß bezweifelt werden. Jedenfalls werden die neuen Finanzzölle, die den Import um das Doppelte der bisherigen Sätze belasten, sich kaum zu einer kräftig stehenden Einnahmequelle entwickeln.

Leichte Besserung in der Textilwirtschaft.

Der Bericht des Verbandes Deutscher Baumwollwebereien stellt für Oktober infolge des frühzeitigen Kälteeintritts eine leichte Belebung fest. Auch die Befestigung der Baumwollpreise hat hierzu beigetragen. Die Lagerbestände des Handels sind zur Zeit derart eingeschränkt, daß die geringsten Konjunkturschwankungen sich sofort bemerkbar machen. Allgemein gesehen hat aber der Handel die bisherige Zurückhaltung noch nicht aufgegeben, was sich besonders bei langfristigen Bestellungen, zum Beispiel für das Frühjahrsgeschäft, noch stark fühlbar macht.

Auch bei den Spinnereien hat sich infolge der gestiegenen Rohstoffpreise eine stärkere Verkaufstätigkeit durchgesetzt. Rengemäßig waren die im Oktober durchgeführten Abloschüsse größer als in den vorhergehenden Monaten. Der englische Wettbewerb hat sich im Oktober bereits stärker fühlbar gemacht, so daß verschiedene Feinspinnereien zu neuen Betriebsbeschränkungen gezwungen wurden.

Agadir „Panther“ versteigert.

So geht der Ruhm der Welt zugrunde.

Wie uns aus Kiel gemeldet wird, gab in einer öffentlichen Versteigerung des ehemaligen Kanonenbootes „Panther“ eine Frankfurter Firma das Höchstgebot mit 37 262 Mk. ab. Das niedrigste Gebot lautete auf 3000 Mk. Die Reichsmarineleitung in Berlin wird den Zuschlag zu erteilen haben. Da wegen der ungünstigen Lage am Schiffsfahrmarkt keine Aussicht besteht, daß der „Panther“ nach Umbauten in der Handelschiffahrt Verwendung findet, wird er wahrscheinlich abgemrakrt werden müssen.

Zweimal in der Geschichte des Wilhelminismus, da Deutschlands Zukunft auf dem Wasser lag, hat der „Panther“ eine Rolle gespielt. 1902 kam es zwischen Deutschland und England auf der einen und der südamerikanischen Republik Venezuela auf der andern Seite wegen der Uebergriffe der viktorianischen Regierung Castro gegen Ausländer zu einem ersten Konflikt. Nach einem Ultimatum der beiden Mächte schickte Deutschland den „Panther“ und zwei andere Kriegsschiffe zur Blockade der Rüste. Vor der venezolanischen Hafenstadt Maracaibo erhielt der „Panther“ Feuer, worauf die deutschen Kriegsschiffe die Stadt beschoßen. Es war klar, daß gegenüber den beiden Großmächten das schwache Venezuela bald nachgeben mußte.

Historisch bedeutsamer ist der „Panthersprung“ von Agadir vom 1. Juli 1911. In jenen Jahren des langwierigen Marokkonofliktes mit Frankreich wurde unter der Begründung, daß sich im Süden Marokkos und besonders in der Gegend von Agadir unter den Stämmen gewisse für deutsche Firmen beunruhigende Gärungen zeigten, zum Schutz für Leben und Eigentum der Bedrohten ein deutsches Kriegsschiff, der „Panther“, nach Agadir entsandt. Dies führte zum Wiederaufleben des schwebenden Marokkonofliktes zwischen Frankreich und Deutschland, und der „Vorwärts“ bezeichnete die Meldung von der Entsendung des „Panther“ als eine Ueberforderung, die aber keineswegs angenehm sei. Mit seinen Warnungen vor einer hohen Preissteigerung hat er nur zu sehr recht behalten.

Damals begrüßten die Mitdeutschen den „Panthersprung“. Jetzt ward der „Panther“ versteigert. Die Zeiten wandeln sich...

Säht die republikanische Front. Der Kreisverein Rönneid (Jungbunnen) des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat unter der Parole: „Eid auf unsere Front“ am Sonntag, dem 18. November, im Stadtheater Rönneid, Friedrichstr. 6, eine Verbandsauflösung Referent: Kamerad Rönneid. Im Programm steht ferner: Film „Erdbeben“, Operette und aktuelles politisches Theaterstück. Anfang 20 Uhr.

Führungen nach Ost-Preußen unter Mitwirkung des Bezirksamtes Wittke. Führung Sonntag, 18. November, 13½ Uhr, und Sonntag, 19. November, 10 Uhr, durch Herrn Richardus. Treffpunkt vor der Rüststraße. Der Führer wird der Berliner Winterhilfe zugeführt.

Allgemeine Wetterlage.



Wetterausichten für Berlin. Zeitweilig zunehmende Bewölkung, am Tage mild, keine wesentlichen Niederschläge. — Für Deutschland. In der südöstlichen Reichshälfte vielfach bewölkt und regnerisch, am Tage kühler, im übrigen Reiche größtenteils heiter bei wenig veränderten Logestemperaturen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind bis an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Sonnabend, 14. November:

- 7. und 8. Kreis. Juristische Sprechstunde (siehe von 17-18 Uhr im Jugendheim Wilmersdorf, 4. St. u. c.). Gelegenheit zum Rechtsantritt!
- 17. Kreis Wilmersdorf. Die erwerbslosen Genossen haben tägliche Zusammenkünfte in der Blüthelstraße 28. Jeder Genosse ist willkommen.
- 7. Abt. Die Bezirksführer müssen sofort die Liste der Erwerbslosen beim Genossen Lehmann abgeben.
- 28. Abt. Achtung, Bezirksführer! Die Erwerbslosenlisten sind bis zum 14. November bei Kurtzsch, Friedenstr. 88, abzugeben. Später eingehende Listen finden keine Berücksichtigung mehr. Deswegen alle anderen Wohnungen, Abteilungsveränderungen am Freitag, dem 14. November, 20½ Uhr, an bekannter Stelle.
- 119. Abt. Die Gruppenleiter werden daran erinnert, umgehend die erwerbslosen Genossen zu melden, die Eintrittskarten für die Sportplatzsitzungen abzurufen und Abrechnung der Beiträge zu leisten.
- 160. Abt. Wittenau. 20 Uhr Gründungsfeier des Kulturvereins Wittenau bei Schulte (Wittenauer Bezirksklub), Oranienburger Str. 88-89. Karten bei den Bezirksführern und an der Abendkasse.

Morgen, Sonntag, 15. November:

- 13. Kreis Tempelhof. Sonntagvormittag Besichtigung des Flughafens unter Führung des „Sturmvogel“. Treffpunkt 10½ Uhr am Flughafenhof Tempelhof.
- 6. Abt. 10 Uhr Funktionärskonferenz bei Dohrbach, Spinnmühlen Str. 11. Die Bezirksführer haben die Parteiführer der Genossen, die für das Komitee in Frage kommen, zur Kontrolle vorzulassen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Wochung: Kreisabteilungsfeier Wittenau, 18. November. Treffpunkt 8 Uhr U-Bahnhof Gesundbrunnen.

Freizeitabende: Arbeitstische Helfer und Lehrlinge können zu weiteren heutigen Kreisabteilungsfeiern teilnehmen. Sprechstunde des Kreisleiters täglich 16-17 Uhr. Dienstag, 17. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier im Heim Blüthelstraße, 28-6. Wittenau, 18. November, 15 Uhr. Volkstanzabend in der Schule Wittenau, Str. 18. Donnerstag, 19. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier Wilmersdorf, 17. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier im Heim Blüthelstraße, 28-6. Wittenau, 18. November, 15 Uhr. Volkstanzabend in der Schule Wittenau, Str. 18. Freitag, 19. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier Wilmersdorf, 17. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier im Heim Blüthelstraße, 28-6. Wittenau, 18. November, 15 Uhr. Volkstanzabend in der Schule Wittenau, Str. 18. Samstag, 20. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier Wilmersdorf, 17. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier im Heim Blüthelstraße, 28-6. Wittenau, 18. November, 15 Uhr. Volkstanzabend in der Schule Wittenau, Str. 18. Sonntag, 21. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier Wilmersdorf, 17. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier im Heim Blüthelstraße, 28-6. Wittenau, 18. November, 15 Uhr. Volkstanzabend in der Schule Wittenau, Str. 18.

Sterbefall der Groß-Berliner Partei-Organisation

8. Abt. Unser Genosse Gerdan Glop ist plötzlich verstorben. Die Einsegnung findet am Sonntag, dem 14. November, 14 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt. Um zuge Teilnahme wird gebeten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Abteilungsleiter Reich: Das Dezember-Programm ein; herbeizufügen bei der Referentenunterbrechung die Reisezeit.

Beginn des kollektiven Schulunterrichts heute, pünktlich 19 Uhr, im Jugendheim SW 68, Lindenstr. 4, 1. I. Der Kursus gliedert sich in zwei Abschnitte von je drei Abenden. a) Vorbereitung eines Konzertes (Materialsammlung, Aufbau, Musiktheater, freie Rede). Leiter: Genosse Erwin Marquardt. b) Sprechabend und Spiel (mit Beispielen und Übungen). Leiter: Genosse Dr. Tromp. Zur Teilnahme berechtigt sind nur die bereits gemeldeten Genossen. Weitere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Arbeitsgemeinschaft Wittenau tagt Montag wieder im Jugendheim Friedrichstraße 11, Zimmer 3.

Heute, Sonnabend, 14. November, 19½ Uhr:

- 8. Abt. Kreisabteilungsfeier im Jugendheim Wilmersdorf, 17. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier im Heim Blüthelstraße, 28-6. Wittenau, 18. November, 15 Uhr. Volkstanzabend in der Schule Wittenau, Str. 18. Freitag, 19. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier Wilmersdorf, 17. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier im Heim Blüthelstraße, 28-6. Wittenau, 18. November, 15 Uhr. Volkstanzabend in der Schule Wittenau, Str. 18. Samstag, 20. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier Wilmersdorf, 17. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier im Heim Blüthelstraße, 28-6. Wittenau, 18. November, 15 Uhr. Volkstanzabend in der Schule Wittenau, Str. 18. Sonntag, 21. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier Wilmersdorf, 17. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier im Heim Blüthelstraße, 28-6. Wittenau, 18. November, 15 Uhr. Volkstanzabend in der Schule Wittenau, Str. 18.

Morgen, Sonntag, 15. November:

- Werkstatt Holzgarten: Feldabend 19½ Uhr Leichter Str. 18-19. Neue Kameradschaft.
- Werkstatt Wittenau: Lichtbildabend 19½ Uhr Wilmersdorf, 17. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier im Heim Blüthelstraße, 28-6. Wittenau, 18. November, 15 Uhr. Volkstanzabend in der Schule Wittenau, Str. 18. Freitag, 19. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier Wilmersdorf, 17. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier im Heim Blüthelstraße, 28-6. Wittenau, 18. November, 15 Uhr. Volkstanzabend in der Schule Wittenau, Str. 18. Samstag, 20. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier Wilmersdorf, 17. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier im Heim Blüthelstraße, 28-6. Wittenau, 18. November, 15 Uhr. Volkstanzabend in der Schule Wittenau, Str. 18. Sonntag, 21. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier Wilmersdorf, 17. November, 19½ Uhr. Kreisabteilungsfeier im Heim Blüthelstraße, 28-6. Wittenau, 18. November, 15 Uhr. Volkstanzabend in der Schule Wittenau, Str. 18.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
 Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seckauerstr. 27-28. Tel. 2. Etz
 Sonnabend, 14. November. Abend (Jungbunnen). 6½ Uhr Treffpunkt Stadtheater Rönneid in Jungbunnenfeier mit Kamerad. Bitte Treffpunkt zur Fahrt nach Rönneid 15 Uhr Bahnhof Rönneid, Jungbunnenfeier. — Sonntag, 15. November. Rubenfeier. Am Potsdamer Platz um 10 Uhr Eröffnungspart, 13 Uhr Mitgliederversammlung des Jungbunnen.

Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonne Berlin.
 Geschäftsstelle: R. 24, Gr. Hamburger Str. 28. Tel. D 1 Norden 2249.
 Der Kursus der Abteilung Webbing am Dienstag, 17. November, fällt aus und findet dafür am Donnerstag, dem 18. November, statt. — Kreis- und Mitgliederversammlung am Sonntag, 15. November, 10 Uhr, auf dem Namen Erwin Reichwald lautend, im verlorengangenen. Die Papiere werden hiermit für ungültig erklärt. Fieber werden gebeten, dieselben an den Bund abzuliefern.

Mitgliederabend Berlin, 5. Dienstleistungsabteilung, S. S., Ost-Preußen im Bund.
 Berliner Kreisabteilung, 14. November, 19½ Uhr, im Stadtheater Rönneid, Jungbunnenfeier mit Kamerad. Bitte Treffpunkt zur Fahrt nach Rönneid 15 Uhr Bahnhof Rönneid, Jungbunnenfeier. — Sonntag, 15. November, Rubenfeier. Am Potsdamer Platz um 10 Uhr Eröffnungspart, 13 Uhr Mitgliederversammlung des Jungbunnen.

Nachruf!

Am 11. November, abends 7 Uhr, verstarb nach langem schweren Leiden der

Präsident des Preussischen Landtags Friedrich Bartels

In ihm verlieren die Beamten, Angestellten und Lohnempfänger des Landtags einen gerechten und treu für sie sorgenden Chef.

Sein Andenken wird von uns in Ehren gehalten werden!

Die Beamten, Angestellten und Lohnempfänger beim Preussischen Landtag

Kurt Fröbrich
 im blühenden Alter von fast 27 Jahren aus dem Leben.

Wir vermissen in ihm einen arbeitsfreudigen, treuen Genossen, der sich durch sein immer freundliches Wesen und seine stets hilfsbereite, durch seine ständige Tätigkeit für Gemeinwohl und Partei viele Freunde erworben hat. Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Berlin, den 13. November 1931.

Geschäftsleitung und Personal der Vorwärts-Buchdruckerei.

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 15. November, 15 Uhr, in der Halle des Zentraltriebwerkes Friedrichstraße statt.

Statt Karten
 Für die Familie herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes lege ich hiermit offen, die daran teilgenommen haben, insbesondere Herrn Stadtrat Günther für seine reichhaltigen Beisteuer, auf die seine reichhaltigen Beisteuer, auf die seine reichhaltigen Beisteuer, auf die seine reichhaltigen Beisteuer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Zamaufsteiler!

Heute, Sonnabend, dem 14. November 1931, abends 7 Uhr, im Lokal von Wolfshäger, Wolfshägerstraße 11.

Gruppen-Versammlung.

Wir erwarten, daß alle Kollegen teilnehmen. Mitgliedsbuch legitimieren.

Die Ortsverwaltung.

Dauerwellen

garantiert erstklassig, von 10 Mk. an

Salon Schwidder

Lindenstraße 9.

19 UND 21. DEZEMBER 1931

Arbeiter-Wohlfahrt
 Dreifachloose
50.

Doppellose 1,- RM.

Form und Liste 30 Pfg. netto

143 669 Gewinne und 3 Prämien im Gesamtwert von RM.

500 000

Höchstgewinn auf ein Doppellos in Wert von RM.

60 000

Höchstgewinn auf ein Einzellos in Wert von RM.

30 000

2 Hauptgewinne in Wert von je RM.

20 000

2 Hauptgewinne in Wert von je RM.

15 000

U. S. W. U. S. W.

Glücksbriefe

mit 10 Loosen 5 RM.

mit 20 Loosen 10 RM.

Sämtliche Gewinne werden auf Wunsch mit 90 Prozent ausbezahlt.

Lose zu haben bei den Kreisleiterinnen der Arbeiterwohlfahrt, Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft, Vorwärts-Filialen, Wertheim, Singer u. Herrn. Tietz

Rauchen Sie

TETA

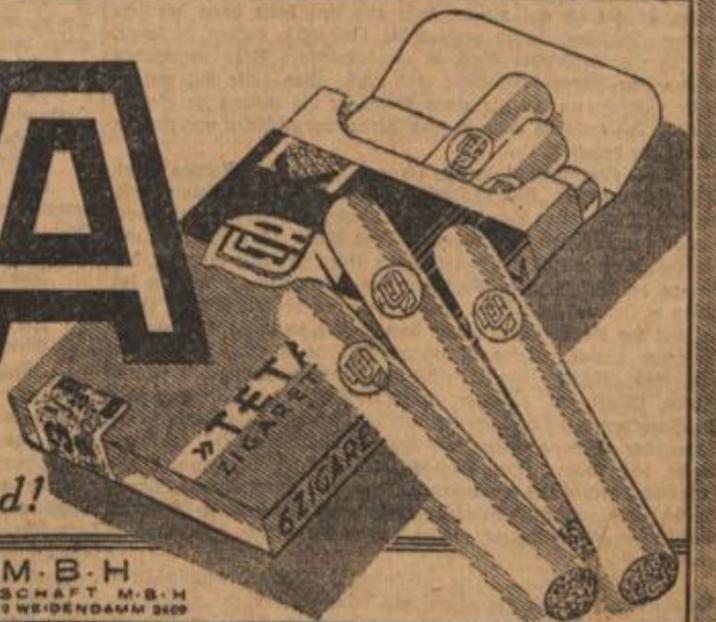
ZIGARETTEN

nicht weil sie billig, sondern weil sie gut sind!

AZET ZIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H.

VERTRIEB: MELABAT ZIGARETTENHANDELSGESELLSCHAFT M. B. H. ZWEIFELSDORF BERLIN C 2, NEUE PROMENADE 5 TEL. D 7 WEIDENFELD 2109

6 Stück
 20 Pfg.



Der Kampf um Hessen.

Wie stehen die Fronten?

Von Carl Mierendorff-Darmstadt.

Die Hessenwahl vom 15. November steht ganz im Zeichen großer machtpolitischer Auseinandersetzungen. Bis ins kleinste oberhessische Dorf hinaus beherrscht die Reichspolitik das Feld. Allgemein besteht das Gefühl: Diesmal handelt es sich nicht bloß darum, einen neuen Landtag nach Darmstadt zu wählen. Dementsprechend haben alle Parteien von links bis rechts das schwerste Geschick zur Eroberung des Hessenlandes aufgeboten.

13 Parteien mit nicht weniger als 300 Kandidaten kämpfen um die 70 Mandate, aus denen sich verfassungsgemäß der hessische Landtag zusammensetzt. Die Wirtschaftspartei fehlt darunter. Sie ist infolge inneren Janes zu spät am Start erschienen und kann deshalb nicht mitkonkurrieren. Die Nationalsozialisten, die ebenfalls bis zur letzten Minute um die Mandate feilschten, laufen als Liste 13. Symbolischer konnte man kaum zum Ausdruck bringen, daß sie das Unglück des deutschen Volkes sind. Infolge eines (von ihnen verschuldeten) Formfehlers laufen sie obendrein nochmals als „Liste Adolf Hitler“, die nicht weniger als fünf Tierärzte enthält, wohl zum Zeichen dafür, daß Hitler mit Hessen eine Pferdelur vor hat. Unter den aussichtsreichen Kandidaten der Naziliste befindet sich ein einziger Arbeiter. Er ist der Konzeptionschulze gegenüber dem Pg. Grafen Solms-Laubach, der ebenfalls auf der Liste steht, da er sich als Kreisleiter Hitlers in Oberhessen und als „Arbeiter“ für das Dritte Reich zur Sicherstellung seines 23 000 Morgen großen Familienbesitzes besonders aktiv betätigt, genau so wie zahlreiche andere hessische Standesherren. Die SPD, die wohl glaubte, die Gelegenheit zum ersten Wahlsiege raschestens erfassen zu müssen, ist vorsichtshalber mit der kommunistischen Opposition einen Rückversicherungsvertrag in Gestalt der Listenverbindung eingegangen. Man sagt hier, daß sie sich SPD genannt hätte, um zum Ausdruck zu bringen, daß sie die Saboteure der Arbeiterbewegung seien.

Einen Anhaltspunkt für den Stand der Fronten gibt das Ergebnis der letzten Reichstagswahl. Zur Ergänzung sei hinzugefügt, wie sich dieses Reichstagswahlergebnis auf die Mandatsverteilung im Landtag ausgewirkt hätte, wenn gleichzeitig zum Landtag gewählt worden wäre.

	Reichstagswahl 14. Sept. 1930	Mandatsverteilung auf Grund d. Reichstagswahl- ergebnisses am 14. Sept.	Wahlberechtigte Zusammen- setzung des Landtags
Stimmberichtigte	931 700	—	—
Abgegebene Stimmen	747 100	—	—
Kommunisten	84 500	8	4
Sozialdemokratie	215 700	22	24
Staatspartei	38 800	3	5
Zentrum	104 200	10	13
Deutsche Volkspartei	49 900	5	7
Deutschnationale	11 900	1	2
Landbund	57 500	5	9
Volksrechtspartei	4 700	—	3
Christlichsozialer Volksdienst	19 000	1	—
SEDW	137 900	14	1
Wirtschaftspartei	17 000	1	—
Kommunistisch- Opposition	—	—	2

Eine Aufzählung der Stimmziffern der letzten Landtagswahl vom 13. November 1927 erübrigt sich. Die Verhältnisse haben sich in dieser Zeit viel zu stark verschoben. Damals konkurrierten nur acht Parteien, die Nationalsozialisten überhaupt nicht. Der eine Mann, den sie trotzdem im letzten Landtag haben, der bekannte Antisemit Dr. Werner Buchholz, ist als Ueberläufer von den Deutschnationalen zu ihnen gekommen. Die SPD entstand auch durch Abspaltung der SPD, erst im Landtag. Vor allen Dingen aber war bei der Landtagswahl 1927 die Wahlbeteiligung außerst schwach. Sie betrug nur 54,5 Proz., was einen Tiefststand in Deutschland darstellen dürfte. Die hohe Mandatsziffer der Sozialdemokratie (24) fußt daher auf einer Stimmziffer von nur 157 000.

Nach dem Wahlergebnis vom 14. September hätte bei gleichzeitiger Landtagswahl das Verhältnis zwischen der Weimarer Koalition einerseits und dem Nazi-Kozi-Block einschließlich aller übrigen bürgerlichen Gruppen andererseits wie 35 zu 35 gestanden. Es wird niemand behaupten wollen, daß dieses Ergebnis am 15. November wieder erreicht werden könnte. Die Frage ist, wie groß die Verschiebung sein wird, die inzwischen eingetreten ist. Das Wahlergebnis vom 14. September war auch für die Sozialdemokratie in Hessen außerordentlich günstig. Sie hatte schon viel früher als in anderen Teilen des Reiches den Kampf gegen die Nationalsozialisten aufgenommen. Das Ergebnis dieser Alarmierung der Wassen war ein Zuwachs von fast 25 000 Stimmen, während sonst die Partei fast überall im Reich Stimmen verlor.

Andererseits haben aber auch die Nationalsozialisten damals in Hessen besonders schlecht abgeschnitten. Sie rechnen deshalb jetzt auf einen Misserfolg. Ihr Traum, daß sie 300 000 Stimmen erhalten und dann mit Hilfe von Hugenberg eine absolute Mehrheit haben würden, dürfte jedoch auch von dem größten Pessimisten für eine Illusion gehalten werden. Sie bauen dabei darauf, daß sie ihre Organisation in Oberhessen erst seit der Reichstagswahl richtig aufgebaut haben und daß Rheinhesen überhaupt erst seit der Rheinlandräumung für sie offen ist. Das gleiche gilt vom Stahlhelm. In der Tat haben die Nationalsozialisten in Rhein- und Oberhessen stark an Boden gewonnen. Die Fische zählt der Landbund, dem nur die alten Bauern treu bleiben werden. Jedoch hat auch der Stahlhelm in Rheinhesen und Oberhessen inzwischen zu seiner Domäne gemacht, was Herrn Hugenberg zugute kommen dürfte, zumal in diesen zwei Provinzen die Wahlbeteiligung 1930 teilweise beträchtlich schlechter war als in Starkenburg.

Mehr als anderswo fällt die Entscheidung in Hessen auf dem flachen Lande. Darauf bauen die Nationalsozialisten. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung wohnt in Gemeinden der Größtenklasse von unter 100 bis 2000 Ein-

Die Mordzentrale



„Mensch, stimmt det, wat der „Beobachter“ schreibt? Denn könn' wie ja mal bei die SPD. um Arbeit nachfragen!“
„Habit och schon jedacht. Leider isses Schwindel.“

wohner, fast 55 Proz. in Gemeinden der Größtenklasse von unter 100 bis 5000 Einwohner. An der Zahl der Stimmberechtigten gemessen heißt das: mehr als die Hälfte der etwa 950 000 Stimmberechtigten wohnt in Ortschaften mit weniger als 3000 Stimmberechtigten. Ganz plastisch wird das Bild, wenn man nach der Zahl der Gemeinden geht. Hessen hat etwa 1000 Gemeinden. In 40 davon (den größeren und kleineren Städten) wohnt die Hälfte der Bevölkerung. Die andere Hälfte verteilt sich auf die verbleibenden 960 Gemeinden.

Der Wahlkampf stellt als ausgesprochener Kleinkampf an die Parteiorganisation gewaltige Anforderungen. Das Schicksal der kleinen bürgerlichen Parteien, die zum Teil ohne jeden organisatorischen Rückhalt dastehen, ist mit dem Auftreten der Nationalsozialisten besiegelt. Aber auch die Sozialdemokratie hat keinen leichteren Stand. Ist doch, verglichen mit Hamburg, das an Einwohnerzahl Hessen etwa gleichkommt, der Organisationsgrad der Sozialdemokratie in Hessen viel geringer. Von den 215 000 Wählern sind in Hessen nur 26 000 organisiert (gleich 12 Proz.), während es in Hamburg mehr als 75 000 sind (etwa 30 Proz.). Und dies bei der Verteilung der Mitgliedschaft auf sehr viel mehr Gemeinden in dem räumlich viel weiteren Land!

Die größte Unbekannte bei dieser Wahl bildet aber wie überall seit dem Auftreten der Nationalsozialisten das Heer der Nichtwähler. Wie viele von ihnen werden, von Wirtschaftskrise und Demagogie in Bewegung gebracht, diesmal an die Wahlurne kommen? Bei der Reichstagswahl 1930 betrug die Wahlbeteiligung 79,1 Proz. Sie kann diesmal leicht auf 85 oder sogar auf 90 Proz. ansteigen. Das heißt,

es würden dann 60 000 bis 120 000 Neuwähler (seit-herige Nichtwähler und Jungwähler) an die Wahlurne gehen. Auf welche Seite werden sie sich schlagen? Ihre Zuneigung zu den extremen Parteien ist bekannt. Sie können das Wahlergebnis überraschend beeinflussen. Angenommen, daß die Nationalsozialisten die Hälfte der Neuwähler erobern und außerdem den bürgerlichen Parteien vielleicht die Hälfte ihrer Stimmen von der letzten Reichstagswahl abnehmen, so würden die Nationalsozialisten ähnlich wie in den anderen Ländern bei einem Ansteigen der Wahlbeteiligung auf 85 bis 90 Proz. schon aus diesen Gründen ihre Stimmenzahl um 50 Proz. vermehren können!

Der Kampf der Sozialdemokratie wäre leichter, wenn wir nicht durch das Verhalten der Kommunisten zu einem Kampf gegen zwei Fronten gezwungen wären. Die SPD hat in Hessen genau so wenig einen Parteiapparat wie anderswo. Aber ihr Kampf gegen die Sozialdemokratie ist deshalb nicht weniger janzalisch. Die Rot der Arbeitslosigkeit tritt in Hessen auch auf dem flachen Lande viel stärker in Erscheinung. Die zahllosen kleinen Gemeinden von Rheinhesen, Starkenburg und Oberhessen sind nämlich nicht reine Bauerdörfer, sondern auch Bohndörfer für die Bauarbeiter, Steinarbeiter und auch Fabrikarbeiter, auf denen die Arbeitslosigkeit ganz besonders schwer lastet. Unser Kampf gegen den Faschismus ist deshalb in Hessen ein Ringen mit der SPD um jede Arbeiterstimme im letzten Dorf, ein Kampf gegen Vortraditionalismus und Kampfmüdigkeit, um den Waffen zu zeigen, daß Hitler der Marsch nach Berlin bereits am Rhein und Main verlegt werden muß.

Schiedspruch Macdonalds?

Hindus und Mohammedaner können sich auf Indienkonferenz nicht einigen.

London, 13. November. (Eigenbericht.)

Die Indientonferenz ist am Freitag mit einem Mißerfolg zu Ende gegangen. Der Premierminister mußte als Vorsitzender des Minderheitenausschusses feststellen, daß eine Einigung über die Frage der Beteiligung der verschiedenen Minderheiten an der Zentral- und Provinzialverwaltung nicht erreicht werden konnte und daß damit die Aufgabe der Konferenz, nämlich in gemeinsamer Arbeit zwischen Vertretern Indiens und Englands eine freiere Verfassung für Indien herzustellen, ungelöst bleiben müsse, da die Lösung der Minderheitenfrage die absolut notwendige Voraussetzung für eine selbständige Verfassung Indiens ist.

Was soll nun geschehen? Der Premierminister schlug vor, die Berichte der Unterausschüsse in wenigen Tagen einer letzten

Vollziehung der Konferenz vorzulegen und stellt für diese Gelegenheit eine abschließende Erklärung der Regierung über ihre Indienpolitik in Aussicht. Nachdem es nicht gelungen ist, zusammen mit Indien eine Verfassung auszuarbeiten, bleibt nur die Möglichkeit, daß die britische Regierung eine solche Verfassung einführt, die freihändig genug ist, von Indien angenommen zu werden, und die gleichzeitig die Rechte Englands soweit wahrt, daß die Konservativen im englischen Parlament sie billigen. Eine solche Verfassung müßte natürlich eine Lösung der Minderheitenfrage einschließen, welche den Frieden in Indien sichert. Ist eine solche Lösung überhaupt zu finden?

Bereits vor fünf Wochen hatten die Hindus und Moslems den Delegierten erklärt, daß sie zu keiner Einigung gelangen könnten. Das kürzlich erreichte Abkommen zwischen den Moslems und kleineren Minderheiten hatte vorübergehend Hoffnungen erweckt, daß nun doch noch eine Einigung zwischen Moslems und Hindus herbeizuführen sei. Das hat sich als unmöglich erwiesen, da das Abkommen die von der Majorität, nämlich den Hindus, aufgestellten Grundsätze völlig ignoriert. Ein nicht unbedeutender Teil der indischen Delegierten tritt angesichts des völligen Scheiterns dafür ein, daß der Premierminister selbst einen Vermittlungsvorschlag zur Lösung der Minderheitenfrage vorlegt. Hat die englische Regierung einen Vorschlag, der Aussicht hat, angenommen zu werden, in Bereitschaft und will sie die Verantwortung dafür übernehmen? Macdonald scheint zu zögern. Es ist verständlich, denn er hat nicht nur mit den indischen Nationalisten zu rechnen, die den Minderheiten kein Recht auf Indien zubilligen, sondern auch mit den Nationalisten im eigenen Land, die Indien keine Freiheit gönnen.

Volkstheater.

Schnitzler - Gedentfeier.

Franz Werfel hält dem toten Dichter die Gedentrede. Dann führt man den „Grünen Koladu“ auf. Man schließt mit Bedekinds Einakter „Der Kammerfänger“. Auch eine Ehrung für den Toten, dessen Witwe gerade klagt, daß sie ganz von der Welt vergessen wird. M.H.

Städtische Oper.

„Soldaten.“

Zu dem berühmten im Grunde unkomponierbaren Stück von Long schrieb Manfred Gurlitt eine reichlich sterile Musik, deren einziges Verdienst darin besteht, das Drama so ziemlich unangefastet zu lassen. Der Erfolg der Aufführung war lediglich der in vielen ansehnlichen, aber hochinteressanten Inszenierung zu danken, für die Ebert und Keitling verantwortlich waren. A.W.

Volkstheater in Sachsen. Die kommunistische Partei hat mehr als 1000 Unterschriften von Stimmberechtigten für ihren Antrag auf Zulassung eines Volkstheaters über die Auflösung des Landtags beigebracht. Damit hat sie die gesetzliche Voraussetzung zur Zulassung eines Volkstheaters erfüllt. Das Gesamtministerium hat deshalb die Zulassung des Volkstheaters beschlossen und die Eintragungsrufe auf die Zeit vom 2. bis 15. Dezember 1931 festgesetzt.

Chinakonflikt und Auswärtiger Ausschuss. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten Löbe die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses beantragt. Sie verlangt eine Stellungnahme der Reichsregierung zum japanisch-chinesischen Krieg und zur Haltung des Völkerbundes in diesem Konflikt.

